



GESCHÄFTSBERICHT  
2007

**R+V Pensionsversicherung a. G.**



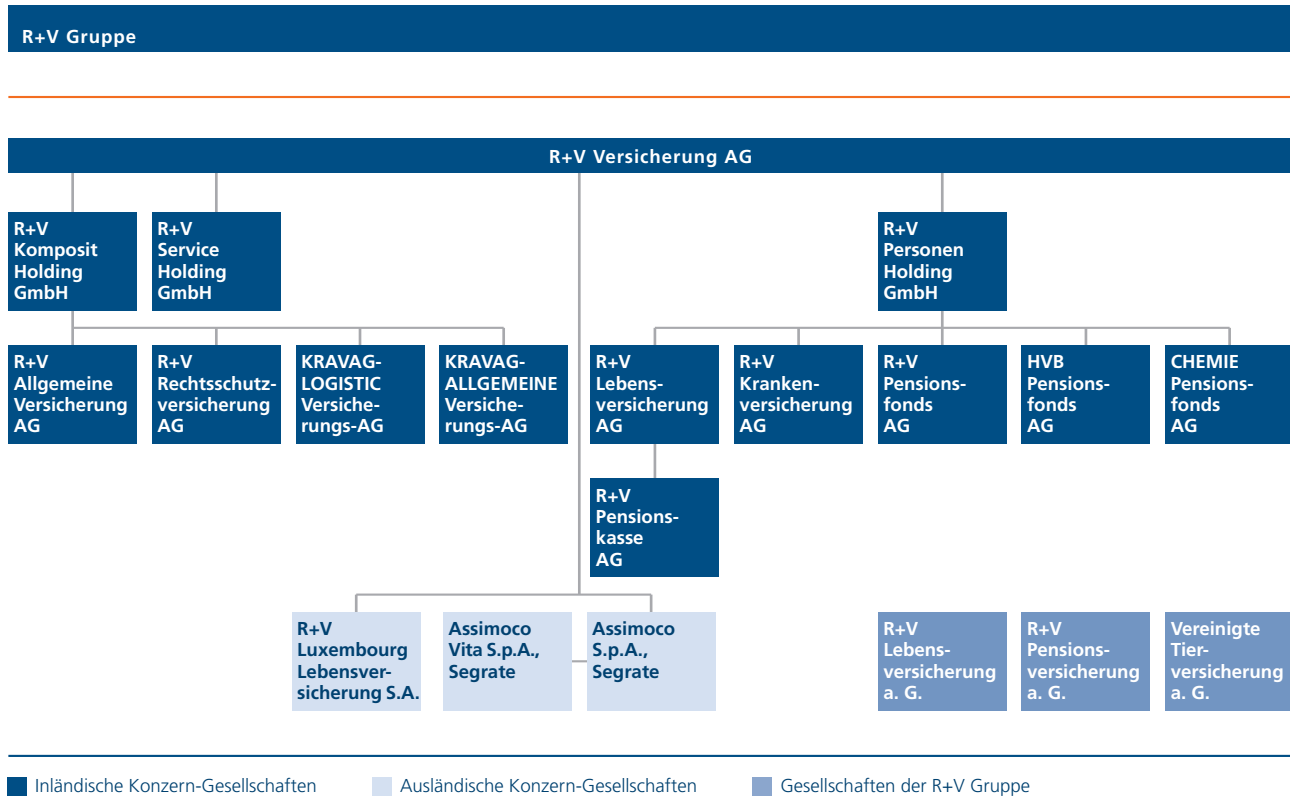
Im FinanzVerbund der  
Volksbanken Raiffeisenbanken

## **R+V Pensionsversicherung a. G.**

Taunusstraße 1, 65193 Wiesbaden, Telefon (06 11) 5 33-0  
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden HRB 2174

### Geschäftsbericht 2007

Vorgelegt zur ordentlichen Mitgliederversammlung  
am 12. Juni 2008



**ZAHLEN ZUM GESCHÄFTSJAHR**

		R+V Pensionsversicherung a. G.		R+V Gruppe	
		2007	2006	2007	2006
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	51,7	51,9	9.517	9.182
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres	Mio. €	58,9	56,1	6.539	6.105
Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. €	102,9	93,1	2.485	2.138
Kapitalanlagen	Mio. €	1.995,6	1.917,8	50.336	47.354
Anzahl der Versicherungsverträge	Tsd.	55	55	18.410	17.771
Mitarbeiter am 31. Dezember		15	14	11.420	11.274

## 4

**LAGEBERICHT 2007**

Geschäft und Rahmenbedingungen	<b>4</b>
Geschäftsverlauf der R+V Pensionsversicherung a. G.	<b>11</b>
Ertragslage	<b>12</b>
Finanzlage	<b>14</b>
Vermögenslage	<b>14</b>
Nachtragsbericht	<b>14</b>
Risikobericht	<b>15</b>
Prognosebericht	<b>20</b>

## 25

**JAHRESABSCHLUSS 2007**

Bilanz	<b>26</b>
Gewinn- und Verlustrechnung	<b>30</b>
Anhang	<b>33</b>
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	<b>33</b>
Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva	<b>36</b>
Erläuterungen zur Bilanz – Passiva	<b>41</b>
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	<b>44</b>

## 46

**WEITERE INFORMATIONEN**

Sonstige Angaben	<b>46</b>
Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer	<b>46</b>
Aufsichtsrat	<b>51</b>
Vorstand	<b>52</b>
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	<b>53</b>
Bericht des Aufsichtsrats	<b>54</b>
Mitgliedervertretung	<b>56</b>
Glossar	<b>57</b>
Übersicht über die Geschäftsergebnisse	<b>60</b>

## Lagebericht

### Geschäft und Rahmenbedingungen

#### Geschäftstätigkeit

Die R+V Pensionsversicherung a. G. wurde 1898 als „Pensionskasse der Beamten der Neuwieder Raiffeisenschen Organisation ländlicher Genossenschaften für Deutschland“ gegründet. Sie gehört als Unternehmen der R+V dem genossenschaftlichen FinanzVerbund an und ist dessen ältestes Versicherungsunternehmen. Im Bereich der betrieblichen Altersversorgung bietet sie speziell für Mitarbeiter des genossenschaftlichen Verbundes maßgeschneiderte Versorgungslösungen.

#### Organisatorische und rechtliche Struktur

Die R+V Pensionsversicherung a. G. ist in ihrer Eigenschaft als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit eine unabhängige Gesellschaft. Sie ist allein ihren Mitgliedern verpflichtet.

Im Hinblick auf die Vereinfachungen, die das Versicherungsvertragsgesetz (VVG) für regulierte Pensionskassen ermöglicht, wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Re-Regulierung beantragt.

Seit 6. Dezember 2007 ist die R+V Pensionsversicherung a. G. eine regulierte Pensionskasse nach § 118b Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG).

Der Jahresabschluss der R+V Pensionsversicherung a. G. wurde nach den Vorschriften des HGB erstellt.

#### Organisation der Leitung und Kontrolle

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt.

Die Gesellschaften der R+V haben Dienstleistungsvereinbarungen abgeschlossen. Danach werden gesellschaftsübergreifende Dienstleistungen jeweils von einer Gesellschaft – R+V Versicherung AG, R+V Allgemeine Versicherung AG, R+V Lebensversicherung AG, KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft oder R+V Service Center GmbH – erbracht. Die Dienstleistungen für die anderen Gesellschaften erstrecken sich

im Wesentlichen auf folgende Betriebsbereiche: Vermögensanlage, Vermögensverwaltung, Rechnungswesen, Beitragseinzug, Controlling, Rechtswesen, Revision, Kommunikation, Personalverwaltung, allgemeine Verwaltung und Informationsverarbeitung. Die leistungsempfangenden Gesellschaften werden mit den Aufwendungen nach der Inanspruchnahme von Dienstleistungen belastet; sie haben hinsichtlich der ausgliederten Betriebsbereiche Weisungs- und Kontrollrechte.

Darüber hinaus besteht zwischen den Gesellschaften der R+V eine Vereinbarung über eine zentrale Gelddisposition und ein zentrales Finanzclearing.

Die R+V Pensionsversicherung a. G. hat ihren Sitz in Wiesbaden. Hier erfolgt die Bearbeitung des Neugeschäfts und die Bestandsverwaltung.

#### Personalbericht

In 2007 führte R+V ein variables Vergütungssystem für Innendienstmitarbeiter als weiteres Personalinstrument ein. Im Sinne der Ergebnisorientierung ergänzt die variable Vergütung das Zielvereinbarungs- und Leistungsbeurteilungssystem, das bereits im Jahr 2002 eingeführt wurde, um einen finanziellen Anreiz. Übertarifliche Gehaltsbestandteile werden nun in Abhängigkeit des Unternehmenserfolges und unter Berücksichtigung der persönlichen Leistung des Mitarbeiters gewährt.

#### ANZAHL DER MITARBEITER AM 31. DEZEMBER

	2007	2006
Anzahl der Mitarbeiter gesamt	15	14
davon:		
Vollzeitbeschäftigte	9	9
Teilzeitbeschäftigte	4	4
Beschäftigte mit Zeitvertrag	2	1

### Verbandszugehörigkeit

Die Gesellschaft ist Mitglied folgender Vereine:

- Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V., Heidelberg
- Fachvereinigung Pensionskassen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V., Heidelberg.

### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2007

Im Jahr 2007 stieg das Bruttoinlandsprodukt real um 2,5 %. Die Wachstumsrate lag damit nur geringfügig unter dem Wert von 2006 (2,9 %), trotz mehrerer dämpfender Effekte. Dazu zählten vor allem die Umsatzsteuererhöhung, der starke Euro, der weiter anziehende Ölpreis und die im Sommer auftretenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten, ausgelöst durch die Immobilienkrise in den USA.

Das weltwirtschaftliche Klima, das für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft seit jeher von besonderer Bedeutung ist, hat sich dadurch abgekühlt. Dennoch sind deutsche Produkte weiterhin im Ausland sehr gefragt. Die Exporte legten 2007 deutlich um 8,3 % zu, wenn auch nicht ganz so stark wie im Vorjahr (12,5 %). Eine gezielte Senkung der Lohnnebenkosten half der deutschen Wirtschaft dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich zu stärken, was sich positiv auf die Attraktivität ihrer Produkte auf den weltweiten Märkten auswirkte. Im Inland trugen vor allem stark expandierende Investitionen in Maschinen und andere Ausrüstungsgegenstände zur Fortsetzung des Aufschwungs bei. Eine hohe Auslastung der Produktionskapazitäten führte dazu, dass 2007 auch zunehmend Erweiterungsinvestitionen in den Vordergrund traten.

Mit dem Ausbau der Produktion ist auch der Bedarf an Arbeitskräften gestiegen. Die deutliche Belebung auf dem Arbeitsmarkt hat sich somit auch 2007 fortgesetzt. Die Erwerbstätigkeit stieg insgesamt um 1,7 %. Besonders erfreulich: Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gab es sogar eine Steigerung um 1,9 %. Die Arbeitslosenzahl ging um rund

0,7 Mio. zurück. 2007 waren damit noch 3,8 Mio. Personen ohne Beschäftigung, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,0 %. Gegen Jahresende überschritt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland erstmals die 40-Millionen-Grenze.

Die positive Tendenz auf dem Arbeitsmarkt hat verhindert, dass sich der private Konsum im Inland deutlich abschwächte. So kam es insgesamt lediglich zu einem leichten Minus von 0,3 % gegenüber dem Vorjahr. Höhere Lohnsteigerungen als in den Vorjahren – die verfügbaren Einkommen nahmen um 1,6 % zu – haben die Konsumausgaben hingegen nicht beflügeln können. Dies liegt daran, dass die Erhöhung der Umsatzsteuer um 3 Prozentpunkte durch Vorzieheffekte das Wachstum zwar im Jahr 2006 begünstigt, 2007 hingegen gedämpft hat. Zwar erholte sich der private Konsum im Jahresverlauf zunehmend, doch steigende Preise für Energie und Nahrungsmittel sorgten für zusätzlichen Kaufkraftentzug. Die Verbraucherpreise zogen im Jahresdurchschnitt um 2,2 % an. Im November wurde im Vergleich zum Vorjahresmonat sogar ein Spitzenwert von 3,1 % erreicht.

Aufgrund der Konsumzurückhaltung der Verbraucher vor allem im ersten Halbjahr ist die Sparquote der privaten Haushalte im Jahr 2007 wieder leicht um 0,4 Prozentpunkte auf jetzt 10,9 % des verfügbaren Einkommens gestiegen – im Vorjahr war die Quote erstmals seit dem Jahr 2000 leicht rückläufig gewesen. Neben Verträgen für staatlich geförderte Produkte der Altersvorsorge waren aufgrund steigender Zinsen auch kurzfristige Anlagen gefragt.

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten war im Jahr 2007 zweigeteilt. Im ersten Halbjahr prägte ein optimistisches Konjunktur- und Unternehmensbild die Marktakteure. Die als Referenzwerte verwendeten Renditen zehnjähriger Bundesanleihen stiegen zeitweise auf 4,7 %. Der DAX legte seit Jahresanfang um rund 22 % zu, der DJ Eurostoxx 50 um knapp 9 %.

Im Sommer kam es dann zu krisenhaften Erscheinungen am Kapitalmarkt, hinter denen ein rapider Hauspreisverfall in den USA und zunehmende Hypothekenausfälle stehen. Sie

wirkten sich aufgrund der Globalisierung auf viele Gläubiger und Teilmärkte aus. Dreimonatige Geldmarktzinsen stiegen sprunghaft um 0,6 Prozentpunkte an, zehnjährige Bundesanleihen fielen wieder unter 4,0 %, der DAX gab seine Kursgewinne zur Hälfte und der DJ Eurostoxx 50 seine sogar fast vollständig wieder ab. Der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Euro sank um 10 %. Zentralbanken mussten stark intervenieren; die amerikanische Notenbank senkte trotz Inflationsgefahren vorsichtshalber den Hauptrefinanzierungszins um einen Prozentpunkt auf 4,25 %.

Die Kreditkrise und die dadurch eingetrübten Konjunktur- und Unternehmensaussichten führten deshalb im zweiten Halbjahr zu hoher Unsicherheit. Trotzdem schlossen am Jahresende die Aktienmärkte in etwa auf dem Niveau der zwischenzeitlichen Hochs. Die zehnjährigen Renditen lagen bei 4,3 %.

### Rechtliche Rahmenbedingungen

Der Gesetzgeber hat im Jahr 2007 zahlreiche Reformen und Gesetzesänderungen eingeleitet oder umgesetzt, welche die Lebens- und Pensionsversicherung betreffen. Er hat erkannt, dass die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung alleine nicht zur Sicherung des Lebensstandards der Bürger im Alter ausreichen werden. Zusätzliche, kapitalgedeckte Vorsorge gewinnt zunehmend an Bedeutung. Der Gesetzgeber hat nun diesen Paradigmenwechsel in der Altersvorsorge, den er vor einigen Jahren mit der Verabschiedung des Altersvermögensgesetzes eingeleitet hat, im Jahr 2007 konsequent weiterverfolgt.

Ein deutliches Signal in dieser Hinsicht war der Beschluss, in der betrieblichen Altersversorgung (bAV) die Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung unbefristet über das Jahr 2008 hinaus zu gewähren.

Im November 2007 hat der Gesetzgeber mit der Verabschiedung der 9. Novelle des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) für Pensionsfonds die Bedeckungsregelungen bei Pensionsplänen ohne versicherungsförmige Garantie flexibilisiert und so die betriebliche Altersversorgung zusätzlich gestärkt.

Darüber hinaus wird durch eine höhere staatliche Förderung ab 2008 auch die Attraktivität der Riesterrente nochmals gesteigert. Die Grundzulage steigt von 114 Euro auf 154 Euro, die Kinderzulage von bisher 138 Euro auf 185 Euro pro Jahr je kindergeldberechtigtem Kind. Zudem hat der Bundesrat Ende November 2007 zugestimmt, für ab 2008 geborene Kinder die Zulage auf 300 Euro pro Jahr und kindergeldberechtigtem Kind anzuheben.

Durch die Notwendigkeit der eigenverantwortlichen Altersvorsorge und damit einhergehender Maßnahmen des Staates ist das Thema Altersvorsorge wesentlich komplexer geworden. Neben die gesetzliche Rentenversicherung sind zahlreiche, unterschiedlich geförderte und besteuerte Altersvorsorgeprodukte getreten. Damit der Verbraucher in die Lage gesetzt wird, die individuell richtige Entscheidung zu treffen, hat der Gesetzgeber 2007 zur Erreichung einer verbesserten Information und Transparenz sowie zur Stärkung der Verbraucherrechte insgesamt zwei weitreichende Maßnahmen getroffen:

- Er hat das Versicherungsvertragsgesetz grundlegend reformiert. In der Lebens- und Pensionsversicherung entstanden aus den Änderungen vier große Handlungsfelder: Die Informationspflichten durch die Versicherungsunternehmen werden ausgeweitet. Die Rücktrittsrechte nach Verletzungen der vorvertraglichen Anzeigepflichten werden eingeschränkt. Die Rückkaufswerte während der ersten Vertragsjahre werden erhöht. Die Versicherungsnehmer werden verursachungsorientiert an den stillen Reserven beteiligt.
- Das Gesetz zur Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts wurde erlassen, um den Verbrauchern eine fachkundige Beratung beim Abschluss von Versicherungen zu garantieren. Erreicht werden soll dies über eine erhöhte Informationspflicht zur Person des Vermittlers, über eine Beratungs- und Dokumentationspflicht sowie einen direkten Schadensersatzanspruch des Kunden gegenüber dem Vermittler, soweit dieser falsch beraten hat. Alle Vermittler müssen eine ausreichende Qualifikation nachweisen und werden in einem zentralen Vermittlerregister registriert. Damit wurden die

**GESAMTZAHLN DER BRANCHE\***

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeitragseinnahmen, Inland	162,1	+ 0,2 %
Versicherungsleistungen der Erstversicherer	142,9	+ 3,3 %
Kapitalanlagen der Branche	1.112,0	+ 4,2 %

\* GDV-Zahlen, Stand November 2007

Anforderungen der EU-Vermittlerrichtlinie in nationales Recht umgesetzt.

**Lage der Versicherungsbranche**

Vom konjunkturellen Aufschwung der Gesamtwirtschaft profitierte die Versicherungsbranche nur eingeschränkt. Die Zurückhaltung der Bürger im privaten Konsum zeigte sich besonders bei langfristig bindenden Konsumententscheidungen. Dennoch hielt die Branche nach vielen Jahren nachhaltigen Wachstums das erreichte hohe Beitragsniveau.

Die positiven gesamtwirtschaftlichen Impulse wurden durch brancheninterne Einflüsse abgeschwächt. Sowohl im Kfz-Geschäft als auch im industriellen Sachversicherungsmarkt sorgten ein hoher Marktsättigungsgrad und ein intensiver Wettbewerb für stagnierende oder sogar sinkende Beitragseinnahmen. Der Abschluss zahlreicher Verträge zur Altersvorsorge wurde aufgrund der Absenkung des Rechnungszinses ins Jahr 2006 vorgezogen. Die private Krankenversicherung hingegen profitierte vom sinkenden Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherungen, insbesondere bei den Zusatzversicherungen.

Zusammengenommen führte dies zu einem leichten Wachstum der Beitragseinnahmen. Sie nahmen um 0,2 % (2006: 2,4 %) auf 162,1 Mrd. Euro zu.

**ENTWICKLUNG DER LEBENSVERSICHERUNGSSPARTE\***

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	78,6	+ 0,3 %
Anzahl neuer Verträge	7,7 Mio. Stück	- 9,2 %
Gesamte Neugeschäftsbeiträge	19,1	- 1,6 %

\* GDV-Zahlen, Lebensversicherer, Pensionskassen, Pensionsfonds; Stand Januar 2008

**Riesterrente und Basisrente bescheren Lebensversicherern stabile Einnahmen**

Deutlich zurückhaltender als in den letzten Jahren waren die Bundesbürger 2007 beim Abschluss von privaten Altersvorsorgeverträgen. Die Versicherungsbranche spürte hier zum einen die wachsende Konkurrenz durch Investmentfonds. Zum anderen begrenzen die nur wenig gestiegenen Realeinkommen den finanziellen Spielraum der Bürger. Sie sparen daher vielfach nur kurzfristig und nicht zweckgebunden für das Alter. Vor allem aufgrund der weiter gestiegenen Nachfrage nach staatlich geförderten Produkten konnte das Niveau der Beitragseinnahmen mit 78,6 Mrd. Euro auf Vorjahresniveau gehalten werden (plus 0,3 %). Im Geschäftsjahr 2007 wurden 2,1 Mio. neue Riesterversicherungen abgeschlossen – 50.000 mehr als in 2006. Bei der Basisrente (Rüruprente) wurde mit 311.000 neuen Verträgen das Neugeschäft sogar um 79,2 % gesteigert.

Insgesamt haben Rentenversicherungsverträge aufgrund ihrer Attraktivität mittlerweile das größte Gewicht beim Neugeschäft; sie machen nach der Anzahl 33,9 % aus, nach den Beitragseinnahmen sind es sogar gut die Hälfte. Kapitalbildende Lebensversicherungen haben bezogen auf die Anzahl der Verträge nur noch einen Anteil von 12,8 %, 2006 waren es 15,7 %. Der Trend der vergangenen Jahre hin zu Versicherungen gegen Einmalbeitrag bleibt weiterhin bestehen. Ihr Anteil am Neubeitrag betrug in 2007 rund zwei Drittel. Investiert werden größere Geldbeträge aus abgelaufenen Kapitalversicherungen, aber auch aus anderen Anlageformen und aus Erbschaften –



**ENTWICKLUNG DER KRANKENVERSICHERUNGSSPARTE\***

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	29,2	+ 2,5 %
davon Voll- und Zusatzversicherung	27,3	+ 2,6 %
Private Pflegepflichtversicherung	1,9	+ 0,5 %
Ausgezahlte Leistungen	19,0	+ 4,5 %

\* GDV-Zahlen, Stand November 2007

ein klares Votum der Bundesbürger für die renditestarken, garantierten Leistungen der Branche. Sie bauen auf die Kapitalkraft der Versicherer und schätzen die große Flexibilität des Angebotsspektrums. Im Fokus der Nachfrage standen weiterhin auch fondsgebundene Produkte, bei denen die Kunden von den Chancen des Kapitalmarktes profitieren. Ein Zuwachs von 39,3 % bezogen auf den Neubeitrag verdeutlicht das Vertrauen der Kunden in die Professionalität von Anlage- und Risikomanagement der Versicherungsunternehmen.

**Betriebliche Altersversorgung bleibt auf Wachstumskurs**

Die betriebliche Altersversorgung gab der Lebensversicherung weiterhin einen positiven Impuls. Bei Direktversicherungen und Pensionskassen hat die Ankündigung, die Sozialversicherungsfreiheit bei Entgeltumwandlung auf Dauer beizubehalten, zu einem erfreulichen Wachstum geführt. Pensionsfonds profitierten von den Anpassungen durch die 7. VAG-Novelle, durch die die von vielen Unternehmen gewünschte Auslagerung von Pensionsverpflichtungen gemäß internationalen Standards bei bilanzkonformer Liquiditätsbelastung möglich wurde.

**Private Krankenversicherung profitiert von Lücken der gesetzlichen Krankenversicherung**

Einziges Sparte mit einem deutlichen Beitragszuwachs ist die private Krankenversicherung: Ihre Einnahmen stiegen um 2,5 % auf 29,2 Mrd. Euro. Der Anstieg resultierte unter anderem aus dem guten Neugeschäft mit Krankenzusatzversicherungen. Das ist eine deutliche Reaktion der gesetzlich Kran-

**ENTWICKLUNG DER SCHADEN- UND UNFALLVERSICHERUNG\***

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	54,8	- 0,4 %
davon Kraftfahrt	20,8	- 1,8 %
Allgemeine Haftpflicht	6,9	+ 0,5 %
Unfallversicherung	6,3	+ 1,0 %
Rechtsschutzversicherung	3,1	+ 2,5 %
Sachversicherung	14,2	- 0,5 %
Ausgezahlte Leistungen	43,1	+ 8,3 %

\* GDV-Zahlen, Stand Dezember 2007

kenversicherten auf die Einschnitte des Gesetzgebers in den Leistungskatalog der Krankenkassen. Im ersten Halbjahr 2007 verkaufte die Branche rund 645.000 neue Zusatzversicherungen. Zum Vergleich: 2006 wuchs der Bestand an Zusatzversicherten um 1,3 Mio. Personen.

Für die private Krankenvollversicherung ist es durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz 2007 noch einmal schwieriger geworden, neue Kunden zu gewinnen. Bereits seit dem Jahr 2003, als der Gesetzgeber die Versicherungspflichtgrenze deutlich an hob, nahm die Zahl der Neukunden Jahr für Jahr weiter ab. Im Februar 2007 ist die Hürde für einen Wechsel noch einmal höher gelegt worden: Für freiwillig gesetzlich versicherte Angestellte ist ein Wechsel in die private Krankenvollversicherung nun erst dann möglich, wenn ihr Einkommen drei aufeinander folgende Jahre über der Versicherungspflichtgrenze gelegen hat. Die Konsequenz: Der Nettoneuzugang ging um fast ein Viertel auf 37.700 Personen zurück.

**Kompositversicherer von Orkan Kyrill betroffen**

Ein leicht gebremster Rückgang der Beitragseinnahmen gepaart mit einer negativen Schadenentwicklung prägte das Geschäftsjahr der Schaden- und Unfallversicherer. Der Orkan Kyrill im Januar 2007 blieb das bestimmende Ereignis im Schadenbereich. Vor allem in den Ergebnissen der Sachversicherungen, speziell in den Sparten Hausrat und Wohngebäude

sowie bei der Kfz-Kaskoversicherung, hinterließ er tiefe Spuren. Die Branche zeigte hier auf eindrucksvolle Weise ihre Leistungsfähigkeit. Innerhalb kürzester Zeit wickelte sie rund 2,4 Mio. Einzelschäden ab und zahlte 2,4 Mrd. Euro an ihre Kunden. Kyrill ist damit das teuerste Einzelereignis in der Geschichte der deutschen Versicherungswirtschaft. Insgesamt stiegen die Schadenleistungen der Sparte um 8,3 % auf 43,1 Mrd. Euro an. Die Beitragseinnahmen sanken leicht um 0,4 % (2006: minus 0,7 %) auf 54,8 Mrd. Euro. Die Folge: Der versicherungstechnische Gewinn reduzierte sich deutlich von 4,6 Mrd. Euro auf 0,6 Mrd. Euro.

#### **Kfz-Versicherer bremsen Rückgang der Beitragseinnahmen**

Im Kraftfahrtgeschäft, das 38 % zu den Beitragseinnahmen der Schaden- und Unfallversicherer beiträgt und damit die größte Einzelsparte ist, machte sich ein Umdenken bei der Prämiengestaltung für Privatkunden und die günstige gesamtwirtschaftliche Lage positiv bemerkbar. Während 2006 die Beitragseinnahmen noch um 3,6 % zurückgingen, halbierte sich 2007 dieses Minus auf 1,8 %. Insgesamt verzeichnete die Kfz-Sparte Beitragseinnahmen in Höhe von 20,8 Mrd. Euro. Trotzdem reichte es für die Versicherer in der Kfz-Sparte nicht zu einem versicherungstechnischen Gewinn. Denn der Orkan Kyrill sorgte auf der Schadenseite dafür, dass sich der seit Jahren anhaltende Rückgang der Schadenleistungen umkehrte. 2006 gingen sie noch um 0,9 % zurück, 2007 stiegen die Schadenaufwendungen dagegen um 2,9 %. Insgesamt liegt das versicherungstechnische Ergebnis dieser Sparte deshalb erstmals seit 2002 wieder bei einem Verlust.

#### **Sachversicherungen weiterhin im Minus**

Der negative Trend in der Beitragsentwicklung bei den Sachversicherungen hielt weiter an, vor allem in den Privatkundensegmenten und in der Industriellen Sachversicherung. Gab es hier im Jahr 2006 noch Zuwächse, so gingen 2007 die Beitragseinnahmen zurück. Die Ursache: In der Industriellen Sachversicherung und in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung führte ein intensiver Preiswettbewerb zu Beitragssenkungen, in der Hausratversicherung wirkte sich eine Beitrags-

anpassungsklausel in den Verträgen mildernd auf die Beitragseinnahmen aus. Insgesamt sanken sie in den Sachversicherungen um 0,5 % auf 14,2 Mrd. Euro.

Auf der Schadenseite überlagerte Kyrill alle anderen Faktoren und führte zu einem Anstieg der Schadenaufwendungen um 26,6 % auf 12,3 Mrd. Euro – alleine in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung stiegen die Schadenaufwendungen um rund 55 %, in den gewerblichen Sachversicherungen um 35 %. Das versicherungstechnische Ergebnis ging dadurch das dritte Jahr in Folge zurück und liegt sehr deutlich unter dem Plus von 1,1 Mrd. Euro des Jahres 2006.

#### **R+V im Markt**

##### **Rentenversicherungsbericht 2007**

Ende November 2007 hat die Bundesregierung turnusgemäß den jährlichen Rentenversicherungsbericht vorgelegt.

Danach sinkt das Sicherungsniveau vor Steuern von 51,0 % im Jahr 2007 bis auf 46,2 % im Jahr 2021.

Für das Jahresende 2007 wird die Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenkasse auf lediglich 0,7 Monatsausgaben geschätzt. Positive Effekte wie die gute konjunkturelle Entwicklung und die Anhebung des Beitragsatzes von 19,5 % auf 19,9 % zum 1. Januar 2007 sind bereits in die Schätzung eingeflossen.

Am 1. Juli 2006 betrug die durchschnittliche monatliche Zahlung aus der gesetzlichen Rentenkasse für Männer 964 Euro, für Frauen 519 Euro. Hierbei sind auch Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit mit berücksichtigt.

Da die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung die Einnahmen überstiegen, musste der Bund im Jahr 2006 etwa 60 Mrd. Euro Zuschüsse leisten.

Schon allein aus diesen wenigen Eckdaten wird deutlich, dass die gesetzliche Rente der Ergänzung durch die private Alters-

vorsorge und die betriebliche Altersversorgung bedarf. Zu dieser Schlussfolgerung kommt auch die Bundesregierung, wenn sie im Rentenversicherungsbericht 2007 schreibt: „Der Rückgang des Sicherungsniveaus vor Steuern macht deutlich, dass die gesetzliche Rente zukünftig alleine nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard des Erwerbslebens im Alter fortzuführen. In Zukunft wird der erworbene Lebensstandard nur erhalten bleiben, wenn die finanziellen Spielräume des Alterseinkünftegesetzes und die staatliche Förderung genutzt werden, um eine zusätzliche Vorsorge aufzubauen.“

### **Altersvorsorge macht Schule**

Unter diesem Motto hat sich eine Initiative gegründet, die den Bürgern über bundesweite Kursangebote an über 500 Volkshochschulen die Notwendigkeit eigenverantwortlicher Ergänzung der staatlichen Altersvorsorge nahe bringen will. Getragen wird die Initiative von einem breiten Bündnis aus der Bundesregierung, dem Deutschen Volkshochschul-Verband e.V., der Deutschen Rentenversicherung, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Dachverband der deutschen Verbraucherzentralen.

Auch dies zeigt:

- Altersvorsorge ist eines der großen Themen, welche die Deutschen bewegen.
- Die Notwendigkeit eigenverantwortlicher, zusätzlicher Altersvorsorge wird quer über alle Gesellschaftsschichten akzeptiert.
- Der Beratungsbedarf ist hoch.
- Ergänzende Altersvorsorge ist der Markt der Zukunft.

### **Enge Zusammenarbeit im genossenschaftlichen Finanzverbund**

Garant für die Wahrnehmung des Auftrags der R+V als Vorsorgespezialist im Verbund ist die ständige, enge Zusammenarbeit mit den Volks- und Raiffeisenbanken.

Gewährleistet wird dies auf Managementebene durch gemeinsame Gremien zur Abstimmung der Vertriebsziele und Produk-

te. Außerdem wird R+V dabei durch regionale Beiräte aus dem genossenschaftlichen Bereich unterstützt.

Auf Mitarbeiterebene gibt es einen ständigen Austausch zwischen dem Außendienst der R+V und den zuständigen Bankmitarbeitern. Gemeinsame Schulungen und Weiterbildungen sowie Selbstlernprogramme stellen einen gleichbleibend hohen Qualitätsstandard in der Beratung sicher.

Computerbasierte Beratungsprogramme vereinfachen das Arbeiten ebenso wie die Möglichkeit, einen Antrag am Point of Sale abschließend annehmen und policieren zu können.

Eine Vernetzung der elektronischen Unterstützungs- und Informationssysteme sorgt für aktuelle Informationen und jederzeitige Verfügbarkeit der Beratungstools am Vertriebsarbeitsplatz.

### **Maßgeschneiderte Produkte in der betrieblichen Altersversorgung**

Die betriebliche Altersversorgung ist einer der wichtigsten Bestandteile der eigenverantwortlichen Altersvorsorge und insofern für R+V von großer Bedeutung. Daher bietet R+V einzelvertragliche Gestaltungen ebenso wie die Absicherung im Rahmen von Gruppenverträgen wie beispielsweise im Versorgungswerk MetallRente oder durch unternehmensindividuelle Speziallösungen an. Die bewährten und bestehenden Produkte entwickelt sie laufend weiter und konzipiert zusätzlich vollständig neue und innovative Vorsorgelösungen.

R+V bietet Konzepte für alle fünf Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung an. Die R+V Pensionsversicherung a. G. deckt dabei mit ihren Produkten einen dieser Durchführungswege ab.

### **Umsetzung der VVG-Reform**

Mit einem hohen Aufwand haben sich die R+V Gesellschaften auf die Umsetzung der VVG-Reform zum 1. Januar 2008 vorbereitet. Tarife, Bedingungswerke, Dokumente, Akquise- und Geschäftsprozesse sowie die Vergütungssystematik sind auf die veränderten Anforderungen ausgerichtet.

Geschäft und Rahmenbedin-  
gungen / Geschäftsverlauf der  
R+V Pensionsversicherung a. G.

Die technische Umsetzung und die notwendigen Schulungsmaßnahmen sind weitestgehend abgeschlossen. R+V ist somit auf das Jahr 2008 sehr gut vorbereitet und hält für alle Problemfelder, die sich aus der Reform ergeben können, adäquate Lösungskonzepte vor.

## Geschäftsverlauf der R+V Pensionsversicherung a. G.

### Geschäftsverlauf im Überblick

Das Geschäftsjahr 2007 verlief bei der R+V Pensionsversicherung a. G. den Erwartungen entsprechend.

Die Beitragseinnahme verzeichnete ein leichtes Minus von 0,3 %.

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen betrug 93,5 Mio. Euro. Die Nettoverzinsung lag mit 4,8 % auf dem Vorjahresniveau.

### Erfahrung und Solidität in der betrieblichen Altersversorgung

Als überregionaler Anbieter von betrieblicher Altersversorgung ist es Aufgabe der R+V Pensionsversicherung a. G., den Mitarbeitern der Unternehmen und Organisationen des genossenschaftlichen Verbundes sowie den Mitarbeitern der Bauernverbände und der Verbände des Obst-, Gemüse- und Gartenbaus eine leistungsfähige betriebliche Altersversorgung zu ermöglichen.

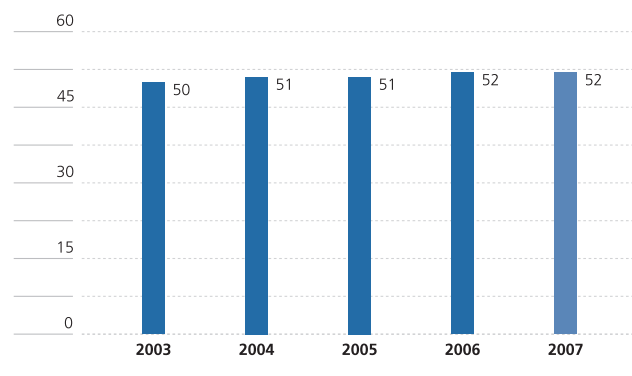
Durch den Abschluss eines Gruppenversicherungsvertrages können die jeweiligen Arbeitgeber die Mitgliedschaft bei der R+V Pensionsversicherung a. G. erwerben und ihre Mitarbeiter versichern.

### Versicherungsarten

Das Vorsorgeprogramm der R+V Pensionsversicherung a. G. erstreckt sich auf die Versicherung von Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten.

### GEBUCHTE BRUTTOBEITRÄGE

in Mio. Euro

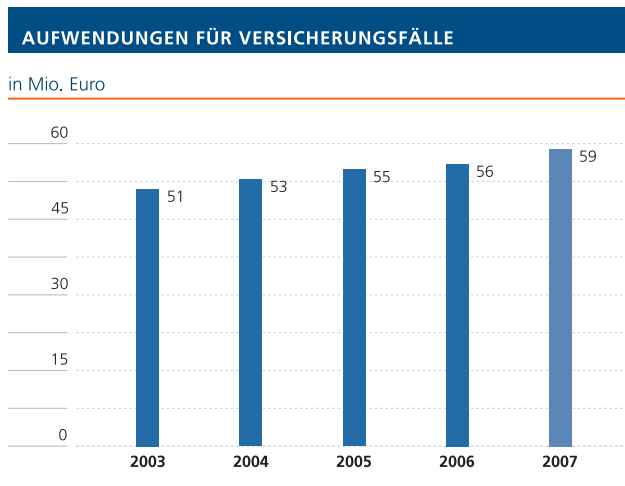


Der Tarif NT2004 sieht in der Basisvariante einen stufenweisen Aufbau des Versicherungsschutzes vor. Er wird darüber hinaus in drei Tarifvarianten angeboten, die es den Versicherten ermöglichen, ihren Schutz im Todesfall, bei Eintritt von Berufsunfähigkeit oder für beide Versicherungsfälle zu verbessern. In den zusätzlichen Tarifvarianten wird der Versicherungsschutz jeweils ergänzt, indem eine Zurechnungszeit bis zum 60. Lebensjahr ohne Wartezeit versichert ist.

### Entwicklung des Versicherungsbestandes

Im Geschäftsjahr 2007 wurden bei der R+V Pensionsversicherung a. G. 987 neue Verträge abgeschlossen. Der Abgang durch Fälligkeit der Versicherungsleistung, Tod oder Kündigung lag bei 844 Versicherten gegenüber 745 im Vorjahr. Von dem Abgang in 2007 entfielen 101 Versicherte auf den Bestand GENO Mitglieder (2006: 114 Versicherte), der in 2003 durch Verschmelzung der GENO-Pensionskasse V.V.a.G. übernommen wurde.

Die Bewegung des Bestandes kann der Anlage zum Lagebericht auf den Seiten 22 und 23 entnommen werden.



## Ertragslage

### Beiträge

Die Beiträge der R+V Pensionsversicherung a. G. bewegten sich in 2007 auf konstantem Niveau zu den Vorjahren. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2006 war ein leichter Rückgang um 0,3 % von 51,9 Mio. Euro auf 51,7 Mio. Euro zu verzeichnen.

Im Wesentlichen resultierte die Beitragseinnahme wie in den Vorjahren aus laufenden Beiträgen. Einmalbeiträge in Höhe von 0,4 Mio. Euro rundeten das Ergebnis ab. Der Bestand GENO Mitglieder trug 5,5 Mio. Euro zur Beitragseinnahme bei.

### Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle betragen im Geschäftsjahr 58,9 Mio. Euro (davon Bestand GENO Mitglieder: 15,3 Mio. Euro). Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 von 4,9 %. Es handelt sich dabei nahezu ausschließlich um Rentenleistungen.

### Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Geschäftsjahr 2007 wurde in der zweiten Hälfte von den – durch die Subprimekrise in den USA ausgelösten – Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten geprägt. Die

Auswirkungen betrafen die R+V Pensionsversicherung a. G. nicht direkt, da sie nicht im Subprimesegment investiert ist. Anlagen in Asset Backed Securities (ABS) nahmen bei der R+V Pensionsversicherung a. G. mit einem Marktwert in Höhe von 25,6 Mio. Euro einen Anteil von 1,3 % der gesamten Kapitalanlagen ein und verfügten hauptsächlich über gute bis sehr gute Bonitätsbewertungen. Kapitalausfälle waren deshalb nicht zu verzeichnen.

Die ordentlichen Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 102,9 Mio. Euro blieben ebenso wie die ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2,9 Mio. Euro von den Auswirkungen der Finanzmarktkrise unberührt. In den ordentlichen Aufwendungen waren planmäßige Abschreibungen auf Immobilien in Höhe von 1,1 Mio. Euro enthalten. Das ordentliche Ergebnis der R+V Pensionsversicherung a. G. belief sich auf 100,1 Mio. Euro. Die gemäß der Verbandsformel berechnete laufende Durchschnittsverzinsung lag mit 5,1 % leicht über dem Vorjahresniveau von 4,8 %.

Aufgrund der positiven Wertentwicklung insbesondere von Aktien konnten Zuschreibungen in Höhe von 1,1 Mio. Euro als Wertaufholung von Abschreibungen früherer Geschäftsjahre vorgenommen werden. Darüber hinaus realisierte die R+V Pensionsversicherung a. G. durch den Verkauf von Wertpapieren Veräußerungsgewinne in Höhe von 0,4 Mio. Euro. Die Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil gemäß § 6b EStG führte zu Erträgen in Höhe von 1,3 Mio. Euro.

Verluste durch Verkäufe von Kapitalanlagen entstanden in Höhe von 0,1 Mio. Euro. Aufgrund von Marktwertänderungen vor allem bei Rentenpapieren infolge der Zinsentwicklung und der Spreadausweitung als indirekte Folge der Subprimekrise zum einen sowie der Devisenkursentwicklung zum anderen resultierte ein Abschreibungsbedarf in Höhe von insgesamt 9,4 Mio. Euro. Davon entfielen 1,2 Mio. Euro auf währungsbedingte Abschreibungen. Das außerordentliche Ergebnis ergab ein Minus von 6,6 Mio. Euro.

Das Nettoergebnis der Kapitalanlagen betrug 93,5 Mio. Euro. Die Nettoverzinsung lag mit 4,8 % auf dem Vorjahresniveau.

### Kosten

Die Abschlussaufwendungen reduzierten sich deutlich um 27,8 % auf 0,2 Mio. Euro.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen leicht um 0,6 % auf 0,7 Mio. Euro. Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb insgesamt machten damit 1,8 % der gebuchten Beiträge aus.

### Rechnungsgrundlagen

Pensionsversicherungen sind gesetzlich verpflichtet, in der Kalkulation vorsichtige Annahmen bezüglich Zins, Biometrie sowie Kosten zu treffen. Entstehende Überschüsse werden in Form der Überschussbeteiligung weitestgehend an die Versicherungsnehmer weitergegeben.

Untersuchungen – unter anderem der deutschen Aktuarvereinigung (DAV) – haben ergeben, dass die biometrischen Risikoverläufe, das heißt die Sterblichkeiten und die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, bei Männern und Frauen unterschiedlich sind. So haben Männer beispielsweise eine niedrigere Lebenserwartung als Frauen. Die DAV veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Untersuchungen auf ihrer Homepage im Internet in Form von sogenannten Sterbe- und Invalidisierungstafeln. Neben diesen Sterbetafeln verwendet die R+V Pensionsversicherung a. G. die Richttafeln von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Die R+V Pensionsversicherung a. G. berücksichtigt die unterschiedlichen Risikoverläufe durch die Verwendung geeigneter, geschlechtsspezifischer Rechnungsgrundlagen. Weitere Angaben zu den verwendeten Rechnungsgrundlagen können den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden auf den Seiten 33 bis 35 entnommen werden.

### Die wesentlichen Quellen des Rohüberschusses

Zins-, Kosten- und Risikoergebnis bildeten die wesentlichen Quellen des Rohüberschusses im Berichtsjahr. Alle drei Ergebnisquellen waren im Berichtsjahr positiv.

Wie in den Vorjahren stellte das Zinsergebnis die größte Überschussquelle dar.

Durch die vorsichtige Einschätzung der Sterblichkeit und anderer Risiken war die zweitwichtigste Überschussquelle der Risikoüberschuss.

Als drittgrößte Quelle floss in den Rohüberschuss das Kostenergebnis ein, da die vorgesehenen Mittel zur Deckung der Kosten im Geschäftsjahr nicht in vollem Umfang benötigt wurden.

### Der Überschuss und seine Verwendung

Die R+V Pensionsversicherung a. G. erwirtschaftete in 2007 einen Rohüberschuss von 18,1 Mio. Euro.

Davon wurden 13,1 Mio. Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt und stehen somit für die Überschussbeteiligung in den Folgejahren zur Verfügung. Der Verlustrücklage wurden wie im Vorjahr 5,0 Mio. Euro zugeführt.

### Überschussbeteiligung

Durch die Überschussbeteiligung werden die Versicherungsnehmer entstellungsgerecht und zeitnah an allen erwirtschafteten Überschüssen beteiligt.

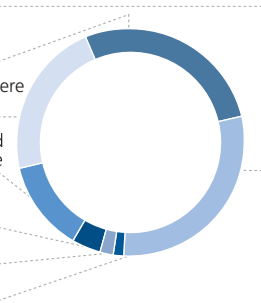
Die R+V Pensionsversicherung a. G. beteiligt ihre Versicherten grundsätzlich an den Bewertungsreserven. Die Beteiligung bemisst sich nicht nach dem Verfahren für die Lebensversicherung gemäß § 153 VVG, sondern nach einem von der BaFin noch endgültig zu entwickelnden Verfahren. Nach derzeitigem Kenntnisstand muss die R+V Pensionsversicherung a. G. dabei in besonderem Maße Rücksicht auf die besondere Risikosituation nehmen, die durch die langfristigen Leistungszusagen gegenüber den Versicherten gekennzeichnet ist. Genauere Ausführungen werden von der BaFin zur Zeit erarbeitet und anschließend in den von der BaFin zu genehmigenden Geschäftsplan für die Überschussbeteiligung übernommen.

Die für das Versicherungsjahr 2008 deklarierten Überschussanteilsätze sind auf den Seiten 46 - 49 aufgeführt.

## STRUKTUR DER KAPITALANLAGEN

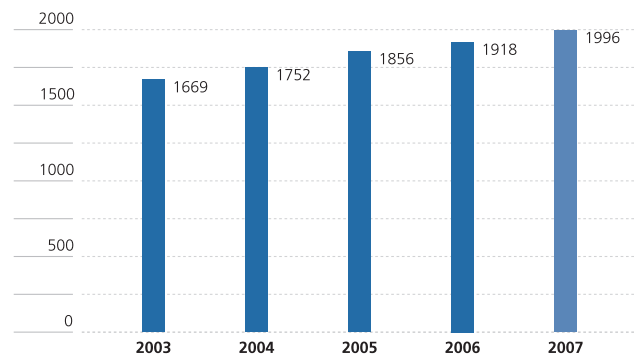
in %

29,9	Namenschuldverschreibungen
27,7	Schuldscheinforderungen und Darlehen
22,2	Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
12,8	Inhaberschuldverschreibungen und anderefestverzinsliche Wertpapiere
4,0	Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen
1,9	Grundstücke
1,5	Übrige Kapitalanlagen



## KAPITALANLAGEN

in Mio. Euro



## Finanzlage

Die R+V Pensionsversicherung a. G. verfügte zum 31. Dezember 2007 über ein Eigenkapital in Höhe von insgesamt 62,5 Mio. Euro (Vorjahr: 57,5 Mio. Euro). Es bestand vollständig aus der Verlustrücklage gemäß § 37 VAG. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr resultierte aus der Einstellung des Jahresüberschusses.

Das Eigenkapital der R+V Pensionsversicherung a. G. ist wesentliche Voraussetzung zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen.

Die R+V Pensionsversicherung a. G. konnte im Geschäftsjahr 2007 jederzeit ihre Auszahlungsverpflichtungen erfüllen. Anhaltspunkte für eine künftige Liquiditätsgefährdung sind nicht erkennbar.

## Vermögenslage

Die Kapitalanlagen der R+V Pensionsversicherung a. G. erhöhten sich im Geschäftsjahr 2007 um 4,1 % bzw. 77,8 Mio. Euro. Damit wurde zum 31. Dezember 2007 ein Bestand von

1.995,6 Mio. Euro erreicht. Davon entfielen 350,5 Mio. Euro auf den Bestand GENO Mitglieder. Im Rahmen der Neuanlage erwarb die R+V Pensionsversicherung a. G. zum einen Zinstitel und zum anderen erhöhte sie sowohl direkt als auch indirekt über Fonds ihren Aktienbestand. Darüber hinaus investierte die Gesellschaft in Immobilienfonds.

Das Reserveniveau wurde im Geschäftsjahr durch zwei gegenläufige Entwicklungen beeinflusst. Aufgrund ihrer Aktienquote partizipierte die R+V Pensionsversicherung a. G. an der Aktienkursentwicklung durch eine Stärkung der Reserven bei dieser Anlagekategorie, die aber die Marktwertverluste der Zinstitel aufgrund der Lage auf den Rentenmärkten nur teilweise kompensieren konnte. Die R+V Pensionsversicherung a. G. verfügte zum 31. Dezember 2007 bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen über eine Reservequote in Höhe von 4,6 % (2006: 8,0 %).

## Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres haben die internationalen Kapitalmärkte erhebliche Verwerfungen und eine deutliche Zunahme der Volatilitäten gezeigt. Die R+V Pensionsversiche-

zung a. G. hat die sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Anlageportfolio analysiert und beispielsweise gezielte Absicherungsmaßnahmen ergriffen, um die daraus erwachsenden Risiken zu begrenzen.

Darüber hinaus sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres zu verzeichnen.

## Risikobericht

### Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement der R+V Pensionsversicherung a. G. ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Es umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen.

Ein über alle Gesellschaften der R+V implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zum Umgang mit Risiken fest und ist Grundlage für ein zentrales Frühwarnsystem. Auf Basis verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte erfolgt vierteljährlich eine aktualisierte Indexbewertung aller bedeutenden Risiken der R+V in einer Datenbank. Bei Überschreitung eines bestimmten Indexwertes werden Maßnahmen eingeleitet.

Durch die regelmäßig stattfindende Risikokonferenz und das zentrale Risikoberichtswesen an den Vorstand ist gewährleistet, dass Risiken der künftigen Entwicklung rechtzeitig identifiziert, beurteilt und kontrolliert werden. Bei Existenz gefährdender Veränderungen von Risiken sind Ad-hoc-Meldungen an das zuständige Vorstandsmitglied und den Leiter der Risikokonferenz vorgesehen.

Gegenstand der Betrachtung im Risikomanagementprozess sind versicherungstechnische Risiken, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Kapitalanlagerisiken, operationelle Risiken sowie globale und strategische Risiken.

Einmal jährlich findet eine sogenannte Risikoinventur statt. Gegenstand der Risikoinventur ist die Überprüfung und Dokumentation sämtlicher Einzel- und Kumulrisiken. Außerdem findet auch eine Überprüfung aller verwendeten Indikatoren und Schwellenwerte statt.

Im Risikohandbuch sind neben den Grundsätzen des Risikomanagements und der Steuerung der Risikoarten umfangreiche Darstellungen zu Methoden, Prozessen und Verantwortlichkeiten dokumentiert.

Die interne Überwachung der Regelungen zum Risikomanagementsystem insbesondere hinsichtlich ihrer Wirksamkeit wird durch die Interne Revision geprüft. Die Umsetzung der hieraus abgeleiteten Maßnahmen wird durch die Interne Revision im Rahmen des Follow-up nachgehalten.

### Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnische Risikosituation der Pensionsversicherungen ist maßgeblich geprägt durch die Langfristigkeit der Leistungsgarantien für den Versicherungsfall bei fest vereinbarten Beiträgen. Bei bestehenden Versicherungen können nur in Ausnahmesituationen und mit Genehmigung der BaFin die vereinbarten Beiträge und Leistungen geändert werden. Zur Sicherung der Erfüllbarkeit aller Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen werden Rückstellungen gebildet. Die Berechnung dieser Rückstellungen basiert auf Annahmen über die künftige Entwicklung der biometrischen Risiken (Sterblichkeit, Berufsunfähigkeit, usw.), der Kapitalerträge und der Kosten. Die Gefahr, dass sich die Risiken im Laufe der Zeit erhöhen, wird bei der R+V Pensionsversicherung a. G. durch eine sorgfältige Produktentwicklung und einen laufenden Abgleich der Rechnungsgrundlagen mit den tatsächlichen Ereignissen beherrschbar gemacht. Der Verantwortliche Aktuar wacht darüber, dass die Rechnungsgrundlagen neben der gegenwärtigen Risikolage auch einem möglichen Änderungsrisiko standhalten. Diese Rechnungsgrundlagen unterliegen auch der Kontrolle durch die BaFin. Hohe Einzelrisiken bei Haupt- und Zusatzversicherungen sind bis auf einen angemessenen Selbstbehalt rückversichert.



Die R+V Pensionsversicherung a. G. verwendet für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen bei Pensionsversicherungen mit Versicherungsbeginn ab Oktober 2004 die Rentensterbetafel DAV 2004 R. Diese ist nach derzeitigen Erkenntnissen für Neuverträge als angemessen anzusehen.

Für Verträge im Bestand mit Versicherungsbeginn bis September 2004 wird die Notwendigkeit einer Stärkung der Deckungsrückstellung jährlich anhand der Ergebnisse überprüft.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung geschieht nach dem von der BaFin genehmigten Geschäftsplan.

Insgesamt kann im Versicherungsbestand von einem stabilen Sicherheitsniveau ausgegangen werden.

Das Risiko, dass die zukünftigen Kapitalerträge den garantierten Zins auf die Rückstellungen unterschreiten, wird eingegrenzt durch den Erhalt von genügend freien Sicherungsmitteln, die auch in ungünstigen Kapitalmarktsituationen zur Verfügung stehen. Mit Hilfe von Stress-Tests und Szenarioanalysen im Rahmen des Asset-Liability-Managements wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden die Auswirkungen eines weiterhin niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten systematisch geprüft. Zudem werden mittel- bis langfristig wirkende Maßnahmen zur Begrenzung der Garantien umgesetzt. Die jährliche Festlegung der Überschussbeteiligung erfolgt so, dass mit der freien RfB und den Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen unter Berücksichtigung der zu erwartenden laufenden Zinserträge noch genügend freie Mittel zur Absicherung des Zinsgarantierisikos zur Verfügung stehen.

#### **Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft**

Bisher waren keine wesentlichen Ausfälle auf Forderungen an Versicherungsnehmer sowie an Mitglieds- und Trägerunternehmen zu verzeichnen.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen nicht.

#### **Kapitalanlagerisiken**

Bei der Erstellung des Produktes Versicherungsschutz sehen sich Pensionsversicherungsunternehmen im Rahmen der Kapitalanlage Markt-, Bonitäts- sowie Liquiditätsrisiken ausgesetzt. Diese können zu einem dauerhaften Wertverlust der Kapitalanlagen führen und – in letzter Konsequenz – die Erfüllung der Versicherungsverträge gefährden. Insoweit besitzt das Kapitalanlagerisiko immer den Charakter eines Asset-Liability-Risikos. Die R+V Pensionsversicherung a. G. begegnet diesen Risiken durch eine konsequente Umsetzung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Dabei folgt die Vermögensanlage der generellen Leitlinie einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Versicherungsunternehmens. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen ist die Anlagepolitik der R+V dem Ziel der Risikominimierung in besonderem Maße verpflichtet.

Durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kapitalanlagerichtlinien und Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen gewährleistet die R+V Pensionsversicherung a. G. die Einhaltung der Anlageverordnung sowie weiterer aufsichtsrechtlicher Anlagegrundsätze und Regelungen.

Die R+V Pensionsversicherung a. G. setzt derivative Finanzinstrumente, Strukturierte Produkte oder Asset Backed Securities ausschließlich nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen ein. Innerbetriebliche Richtlinien regeln explizit deren Behandlung und enthalten Volumen- und Kontrahentenlimite.

Ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen ermöglicht die regelmäßige Überwachung und transparente Darstellung der verschiedenen Risiken. R+V wendet Standard- und Worst-Case-Szenarien an, wodurch die Auswirkungen ungünstiger Marktbewegungen auf das Kapitalanlageportfolio simuliert werden.

Zusätzlich führt die R+V Pensionsversicherung a. G. jährlich von der BaFin vorgeschriebene Stress-Tests durch. Damit wird überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage ist, die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Unter Fortschreibung der Kapitalmarktsituation vom Jahresende 2007 auf den 31. Dezember 2008 und Beibehaltung der in 2007 angewandten Methoden zur Ermittlung von dauerhaften Wertminderungen wird das Ergebnis aus Kapitalanlagen einen positiven Beitrag zum Jahresergebnis leisten.

Auf organisatorischer Ebene begegnet die R+V Pensionsversicherung a. G. Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Handel, Abwicklung und Controlling.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen im Einzelnen:

- das Marktrisiko: das Risiko, aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren wie Zins-, Aktienkurs- oder Wechselkursveränderungen Verluste zu erleiden.
- das Bonitätsrisiko: das Risiko, aufgrund des Ausfalls eines Emittenten oder Kontrahenten Verluste zu erleiden bzw. Gewinne nicht realisieren zu können.
- das Liquiditätsrisiko: das Risiko, aufgrund von nicht zeitgerechten Liquiditätszu- und -abflüssen den Zahlungsverpflichtungen – insbesondere aus Versicherungsverträgen – nicht jederzeit nachkommen zu können.

#### **Marktrisiko**

Zur Messung möglicher Marktrisiken ihrer Kapitalanlagen führte die R+V Pensionsversicherung a. G. Szenarioanalysen unter folgenden Prämissen durch: Für direkt und über Fonds gehaltene Aktien wurde die Auswirkung eines 20-%igen Kursrückgangs auf den Zeitwert dieser Positionen simuliert.

Für festverzinsliche Wertpapiere, Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen sowie für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die Auswirkungen einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder nach unten auf den Zeitwert dieser Wertpapiere und Ausleihungen ermittelt.

Darüber hinaus führt die R+V Pensionsversicherung a. G. für den Bestand aller zinstragenden Anlagen regelmäßig eine Durationsanalyse durch.

Fremdwährungspositionen werden im Wesentlichen zur Beimischung im Rahmen eines aktiven Portfoliomanagements gehalten. Die daraus resultierenden Wechselkursrisiken unterliegen im Rahmen der Risikomodelle der ständigen Beobachtung. Des Weiteren verfolgt das aktive Währungsmanagement der R+V das Ziel einer hohen Absicherung gegen Währungskursverluste.

#### **Bonitätsrisiko**

Das Anlageverhalten der R+V Pensionsversicherung a. G. ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentration im Portfolio zu vermeiden und durch eine weitgehende Diversifikation der Anlagen zur Minimierung der Risiken beizutragen. Bei einem Großteil der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen handelt es sich um Emissionen, die von der öffentlichen Hand, öffentlich-rechtlichen Instituten oder Banken mit hervorragendem Rating ausgegeben wurden, zum Beispiel Bundesanleihen oder Pfandbriefe.

Mehr als 98 % (2006: 96 %) dieser Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren weisen ein Standard & Poor's Rating gleich oder besser als „A“, mehr als 82 % (2006: 78 %) eines gleich oder besser als „AA“ auf.

#### **Liquiditätsrisiko**

Die R+V Pensionsversicherung a. G. überwacht und steuert ihre Liquiditätsrisiken zentral. In die Steuerung sind sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen sowie der allgemeinen Verwaltung einbezogen.

### Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb. Sie entstehen durch menschliches Verhalten, technologisches Versagen, Prozess- oder Projektmanagement-schwächen oder durch externe Einflüsse.

### Das interne Kontrollsystem

Das wesentliche Instrument der R+V zur Begrenzung der operationellen Risiken stellt das interne Kontrollsystem dar. Durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und durch die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit der internen Kontrollsysteme durch die Interne Revision wird dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen in der Verwaltung vorgebeugt. Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen werden weitestgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des hinterlegten Zufallsgenerators geben zusätzliche Sicherheit. Manuelle Auszahlungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

### Risikomanagement im IT-Bereich

Durch die enge Verzahnung von Geschäftsprozessen und IT-Abläufen ist es erforderlich, die IT-Unterstützung flexibel und anpassungsfähig an sich ändernde Rahmenbedingungen aufzustellen. Dies wird durch eine prozess- und serviceorientierte Ausrichtung der IT-Organisation erreicht.

Im IT-Bereich gewährleisten umfassende physische und logische Schutzvorkehrungen die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungs-Systemen. R+V hat hier Vorsorge getroffen durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besonderer Zutrittssicherung, sensiblen Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen R+V-Gebäuden mit

hochabgesicherten Räumen. Als Maßnahme einer unabhängigen Prüfung der Disaster Recovery Capability werden ab dem ersten Quartal 2008 darüber hinaus die Daten auf einen Bandroboter an einem entfernten Standort gespiegelt. Somit sind die Daten auch nach einem Totalverlust aller Rechenzentrumsstandorte in Wiesbaden vorhanden.

Die Telekommunikationsinfrastruktur ist hochredundant ausgelegt – sowohl intern in den Gebäuden als auch für den Zugriff zum externen Netz.

Die IT-Sicherheitsstrategie wird kontinuierlich überprüft und an die aktuelle Bedrohungslage angepasst. Ebenso wird die Gültigkeit der IT-Sicherheitsprinzipien regelmäßig geprüft. Für 2008 ist die Durchführung einer unabhängigen Prüfung der Informationssicherheit geplant.

Die Qualitätssicherung im IT-Bereich erfolgt durch etablierte Prozesse unter Verwendung von Best Practices. Alle servicerelevanten Ereignisse werden erfasst und entsprechend ihrer Klassifizierung verfolgt. In einer täglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. In monatlich stattfindenden Konferenzen werden unter Beteiligung aller IT-Bereichsleiter bei Überschreitung festgelegter Schwellenwerte in Bezug auf Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten Problemschwerpunkte eskaliert, Gegenmaßnahmen abgestimmt und verfolgt sowie Konzepte zur Störungsvermeidung erarbeitet und umgesetzt.

### Risikobeurteilung bei großen Projekten und Investitionen

Für die Planung und Durchführung von Projekten und Investitionen hat R+V verbindliche Vorgaben festgelegt. Die größeren Projekte und Investitionen werden je nach Themenschwerpunkt regelmäßig in der Investitions-, Produktkommission oder in dem Finanzausschuss beurteilt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Ergebnisse, Probleme und (Gegen-) Maßnahmen sowie Budgeteinhaltung gelegt. Erforderliche Kurskorrekturen werden sofort eingeleitet. Darüber hinaus erfolgt die Abstimmung mit der Risikokonferenz der R+V.

### Externe Einflüsse

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen einer ständigen Beobachtung, um rechtzeitig auf Chancen und Risiken reagieren zu können.

Von besonderer Bedeutung für die Lebensversicherer sowie die nach Art der Lebensversicherung betriebenen Pensionskassen und ihr Geschäftsmodell ist das reformierte und ab 1. Januar 2008 geltende VVG.

Die Ziele der Reform sind die Modernisierung des Rechts, eine Erhöhung der Transparenz und die Verbesserung des Verbraucherschutzes. R+V begrüßt diese Ziele grundsätzlich, durch das VVG wird sich das Produkt Versicherung qualitativ weiter verbessern. Durch die gegenüber dem im März 2006 veröffentlichten Entwurf des Gesetzes vorgenommenen Änderungen sind die Risiken für die Versicherungsunternehmen nunmehr zum Teil deutlich verringert worden.

Die vorgesehene Form der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven sieht unter anderem nach wie vor die Einbeziehung von Bewertungsreserven aus festverzinslichen Anlagen vor. Allerdings wurde nunmehr das Primat aufsichtsrechtlicher Regelungen gegenüber dem VVG klargestellt.

Mit Blick auf die Vereinfachungen, die das VVG für regulierte Pensionskassen ermöglicht, wurde bei der BaFin die Re-Regulierung der R+V Pensionsversicherung a. G. beantragt, die Genehmigung erfolgte am 6. Dezember 2007. Damit können viele Prozesse schlank und kostengünstig gehalten werden. Bei der Beteiligung an den Bewertungsreserven kann die R+V Pensionsversicherung a. G. in besonderem Maße Rücksicht nehmen auf die besondere Risikosituation durch die langfristigen Leistungszusagen gegenüber den Versicherten.

R+V hat frühzeitig im April 2006 mit der Umsetzung der Anforderungen aus dem neuen VVG in einem zentralen Vorhaben begonnen und termingerecht zum 1. Januar 2008 erfüllt. Sämtliche für die Abwicklung des Versicherungsgeschäfts

notwendigen Prozesse laufen seither reibungslos. Die R+V Pensionsversicherung a. G. hat damit die Herausforderungen der VVG-Reform weitgehend bewältigt und wird die damit zusammenhängenden Chancen nutzen.

### Solvency II

Die EU-Kommission arbeitet seit einigen Jahren intensiv an einem neuen Aufsichtsmodell für Versicherungen mit dem Arbeitstitel Solvency II.

Die im Juli 2007 erschienene Rahmenrichtlinie enthält erste Konkretisierungen hinsichtlich der Ausgestaltung des 3-Säulen-Konzeptes. Zentraler Ausgangspunkt ist eine ganzheitliche Beurteilung und Steuerung der Risiken und der Kapitalausstattung eines Versicherungsunternehmens.

R+V ist durch interne Projekte und Arbeitskreise sowie durch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des GDV und der BaFin auf die künftigen Herausforderungen eingestellt und schafft somit die Grundlage einer erfolgreichen Umsetzung der mit Solvency II einhergehenden Anforderungen. Die aktuellen Ergebnisse der von der Aufsicht initiierten quantitativen Auswirkungsstudien (QIS) zeigen, dass R+V auf Grund seiner hohen Solvenzmittel überdurchschnittliche Bedeckungen erzielt. Parallel entwickelt R+V ein internes ökonomisches Risikokapitalmodell, welches den zukünftigen Anforderungen an Interne Modelle entspricht.

### Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Der Kapitalisierungsgrad repräsentiert die Risikotragfähigkeit der R+V Pensionsversicherung a. G. bezüglich der aus ihrer Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken. Auch ohne Berücksichtigung von Bewertungsreserven überschreitet die R+V Pensionsversicherung a. G. deutlich die aktuell gültigen Solvabilitätsanforderungen. Bei einer Fortschreibung der Kapitalmarktsituation vom Jahresende 2007 auf den 31. Dezember 2008 ist die Erfüllung der Solvabilität weiterhin gewährleistet.

Die hier skizzierten Instrumente und Analysemethoden zeigen, dass der R+V Pensionsversicherung a. G. ein umfassendes

System zur Verfügung steht, das im Sinne eines effizienten Risikomanagements den Erfordernissen der Identifikation und Bewertung von Risiken gerecht wird.

Hieraus sind zurzeit keine Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der R+V Pensionsversicherung a. G. nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen könnten.

## Prognosebericht

### Wirtschaftliches Umfeld

Für das Jahr 2008 ist mit einem moderaten Wirtschaftswachstum zu rechnen. Für die Konjunkturerwicklung in Deutschland gehen von der Weltwirtschaft erhebliche Unsicherheiten aus. Ein schwacher Dollar und der hohe Ölpreis sowie eine Ausweitung der US-Immobilienkrise auf die internationale Finanzwirtschaft können die gute Entwicklung auch in Deutschland negativ beeinflussen. Von daher rechnen Experten nur mit einem Wachstum von bis zu 2 %.

Die Versicherungswirtschaft erwartet einen leicht unter dem Wachstum der Wirtschaft liegenden Anstieg der Beitragseinnahmen von 1,5 %.

In Anbetracht des gestiegenen Vorsorgebedarfs in der Bevölkerung ist für die Lebensversicherungsunternehmen, Pensionskassen und Pensionsfonds mit positiven Impulsen zu rechnen.

### Situation an den Kapitalmärkten

Insgesamt richtet R+V ihre Kapitalanlagestrategie weiterhin auf Sicherheit, Liquidität und Rendite aus. Die Anforderungen aus Solvency II werden – soweit bekannt und praktikabel – bereits heute berücksichtigt.

Aufgrund der Kapitalmarktentwicklung ist im Jahr 2008 keine wesentliche Änderung der Reserven in den Kapitalanlagen der R+V Pensionsversicherung a. G. zu erwarten. Durch steigende

Zinsen ergeben sich für die Gesellschaft jedoch verbesserte Neuanlagekonditionen. Darüber hinaus werden durch den Einsatz geeigneter Sicherungsmaßnahmen im Rahmen des Risikomanagements die außerordentlichen Aufwendungen begrenzt.

Die dauerhafte Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen stellt die R+V Pensionsversicherung a. G. durch einen hohen Anteil festverzinslicher Wertpapiere im Kapitalanlagebestand sicher.

### R+V im Markt

Auch künftig ist zu erwarten, dass sich die äußeren Rahmen- und Marktbedingungen für die Versicherungswirtschaft weiter verändern werden.

Wie schon in der Vergangenheit wird R+V die sich daraus ergebenden Chancen nutzen. Risiken, die sich aus den Änderungen entwickeln, werden erkannt und beherrschbar gemacht.

Dank ausgezeichneter Kennzahlen, hoher Beratungskompetenz und Vertriebskraft sowie motivierter Mitarbeiter sind die Wachstumsaussichten der R+V in 2008 gut. Komplettiert werden die Erfolgsfaktoren für den Wettbewerb durch die enge Zusammenarbeit mit den genossenschaftlichen Primärbanken und eine vollständige, moderne und marktgerechte Produktpalette.

### Fazit

Für das Geschäftsjahr 2008 ist bei der R+V Pensionsversicherung a. G. mit einem zufrieden stellenden Geschäftsergebnis bei eher zurückhaltendem Neugeschäft zu rechnen.

---

Risikobericht / Prognosebericht /

Dank

---

## Dank

Der Vorstand spricht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erbrachten Leistungen Dank und Anerkennung aus.

Der Dank des Vorstands gilt ebenfalls den Geschäftsfreunden im genossenschaftlichen Bereich, die durch ihre Partnerschaft den Geschäftsverlauf gefördert haben.

Wiesbaden, 17. März 2008

**Der Vorstand**

## Anlage zum Lagebericht

### Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2007

A. BEWEGUNG DES BESTANDES AN PENSIONSVERSICHERUNGEN (OHNE ZUSATZVERSICHERUNGEN)					
	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		Summe der Jahresrenten Euro
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahrs</b>	<b>23.757</b>	<b>15.649</b>	<b>5.791</b>	<b>2.875</b>	<b>48.389.934</b>
II. Zugang während des Geschäftsjahrs:					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	534	453	456	267	3.213.994
2. Sonstiger Zugang	7	4	–	1	99.024
<b>3. Gesamter Zugang</b>	<b>541</b>	<b>457</b>	<b>456</b>	<b>268</b>	<b>3.313.018</b>
III. Abgang während des Geschäftsjahrs:					
1. Tod	50	18	187	60	1.339.848
2. Beginn der Altersrente	408	241	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	51	29	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	7	6	37.289
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	15	11	–	–	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	–	–	–	–	–
7. Sonstiger Abgang	12	9	–	–	–
<b>8. Gesamter Abgang</b>	<b>536</b>	<b>308</b>	<b>194</b>	<b>66</b>	<b>1.377.137</b>
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahrs</b>	<b>23.762</b>	<b>15.798</b>	<b>6.053</b>	<b>3.077</b>	<b>50.325.815</b>
Davon					
1. Beitragsfreie Anwartschaften	4.217	3.774	–	–	–
2. In Rückdeckung gegeben	–	–	–	–	–

B. BESTAND AN ZUSATZVERSICHERUNGEN				
	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungsverträge	Versicherungssumme Euro	Anzahl der Versicherungsverträge	Versicherungssumme Euro
Bestand				
1. Am Anfang des Geschäftsjahrs	–	–	4.256	–
2. Am Ende des Geschäftsjahrs	–	–	4.086	–
Davon in Rückdeckung gegeben	–	–	996	–

Anlage zum Lagebericht

**Hinterbliebenenrenten**

Summe der Jahresrente

Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Witwen Euro	Witwer Euro	Waisen Euro
<b>2.205</b>	<b>134</b>	<b>152</b>	<b>7.182.811</b>	<b>330.413</b>	<b>179.021</b>
159	25	35	536.625	52.458	37.683
1	-	-	6.169	1.238	2.310
<b>160</b>	<b>25</b>	<b>35</b>	<b>542.794</b>	<b>53.696</b>	<b>39.993</b>
99	7	-	248.361	13.310	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
2	-	29	2.310	-	26.644
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
<b>101</b>	<b>7</b>	<b>29</b>	<b>250.671</b>	<b>13.310</b>	<b>26.644</b>
<b>2.264</b>	<b>152</b>	<b>158</b>	<b>7.474.934</b>	<b>370.799</b>	<b>192.370</b>
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-





# Jahresabschluss 2007

# Bilanz

zum 31. Dezember 2007\*

AKTIVA			
in Euro		2007	2006
<b>A. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks</b>			
		—,—	—,—
<b>B. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	—,—		—,—
II. Geschäfts- oder Firmenwert	—,—		—,—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	—,—		—,—
		—,—	—,—
<b>C. Kapitalanlagen</b>			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	37.261.090,48		38.761.363,80
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	—,—		—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	—,—		—,—
3. Beteiligungen	6.875.476,43		7.178.876,43
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—,—	6.875.476,43	—,—
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	443.633.392,72		390.334.109,28
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	254.551.210,85		239.824.082,13
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	79.798.916,17		80.564.922,22
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	597.618.187,89		557.168.216,54
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	552.464.511,97		577.753.332,61
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	—,—		—,—
d) Übrige Ausleihungen	—,—	1.150.082.699,86	—,—
5. Einlagen bei Kreditinstituten	10.000.000,—		—,—
6. Andere Kapitalanlagen	13.389.375,57	1.951.455.595,17	26.176.407,78
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	—,—		—,—
		<b>1.995.592.162,08</b>	<b>1.917.761.310,79</b>
<b>D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolizen</b>			
		—,—	—,—

\* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

Bilanz

in Euro			2007	2006
<b>E. Forderungen</b>				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer				
a) Fällige Ansprüche	54.810,62			70.123,80
b) Noch nicht fällige Ansprüche	—,—	54.810,62		—,—
2. Versicherungsvermittler		—,—		—,—
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen		612.957,03	667.767,65	521.764,34
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			—,—	—,—
III. Sonstige Forderungen			19.840.173,03	15.628.956,60
			<b>20.507.940,68</b>	<b>16.220.844,74</b>
<b>F. Sonstige Vermögensgegenstände</b>				
I. Sachanlagen und Vorräte			784,—	1.288,—
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			584.072,31	434.347,01
III. Eigene Anteile			—,—	—,—
Nennwert bzw. rechnerischer Wert: – € (– €)				
IV. Andere Vermögensgegenstände			10.023.886,19	9.471.353,—
			<b>10.608.742,50</b>	<b>9.906.988,01</b>
<b>G. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB</b>				
			—,—	—,—
<b>H. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			33.237.921,71	33.197.841,89
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			12.814.957,67	13.744.762,—
			<b>46.052.879,38</b>	<b>46.942.603,89</b>
<b>I. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>				
			—,—	—,—
<b>Summe Aktiva</b>			<b>2.072.761.724,64</b>	<b>1.990.831.747,43</b>

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 5. Februar 2008 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Wiesbaden, 8. Februar 2008

Sprenger  
Verantwortlicher Aktuar

Ich bescheinige gemäß § 73 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Wiesbaden, 14. März 2008

Schottler  
Treuhänder

<b>PASSIVA</b>							
<b>in Euro</b>				<b>2007</b>	<b>2006</b>		
<b>A. Eigenkapital</b>							
I. Gründungsstock			—,—				—,—
II. Kapitalrücklage			—,—				—,—
Davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:	— €	(— €)					
III. Gewinnrücklagen							
1. Verluſtrücklage gemäß § 37 VAG			62.500.000,—				57.500.000,—
2. Rücklage für eigene Anteile			—,—				—,—
3. Satzungsmäßige Rücklagen			—,—				—,—
4. Rücklage gemäß § 58 Abs. 2a AktG			—,—				—,—
5. Andere Gewinnrücklagen			—,—	62.500.000,—			—,—
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			—,—				—,—
				<b>62.500.000,—</b>			<b>57.500.000,—</b>
<b>B. Genusſrechtskapital</b>							
				—,—			—,—
<b>C. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>							
				—,—			—,—
<b>D. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>							
				—,—			<b>1.324.329,10</b>
<b>E. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>							
I. Beitragsüberträge							
1. Bruttobetrag			—,—				—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft			—,—	—,—			—,—
II. Deckungsrückstellung							
1. Bruttobetrag			1.848.062.562,—				1.774.032.813,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft			48.178,28	1.848.014.383,72			—,—
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle							
1. Bruttobetrag			1.112.630,90				951.751,32
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft			—,—	1.112.630,90			—,—
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung							
1. Bruttobetrag			157.365.807,73				153.422.375,62
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft			—,—	157.365.807,73			—,—
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen							
				—,—			—,—
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen							
1. Bruttobetrag			—,—				—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft			—,—	—,—			—,—
				<b>2.006.492.822,35</b>			<b>1.928.406.939,94</b>
<b>F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird</b>							
				—,—			—,—

Bilanz

in Euro		2007	2006
<b>G. Andere Rückstellungen</b>			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		290.401,—	263.111,—
II. Steuerrückstellungen		—,—	—,—
III. Voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB		—,—	—,—
IV. Sonstige Rückstellungen		536.513,—	568.736,—
		<b>826.914,—</b>	<b>831.847,—</b>
<b>H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft</b>			
		—,—	—,—
<b>I. Andere Verbindlichkeiten</b>			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	258.262,37		100.163,23
2. Versicherungsvermittlern	—,—		—,—
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	272.493,37	530.755,74	210.696,44
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		48.178,28	—,—
III. Anleihen		—,—	—,—
Davon konvertibel:	— €	(— €)	
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		486.286,08	501.831,10
V. Sonstige Verbindlichkeiten		1.218.433,52	1.369.561,66
Davon:			
aus Steuern	29.882 €	(129.255 €)	
im Rahmen der sozialen Sicherheit	— €	(— €)	
		<b>2.283.653,62</b>	<b>2.182.252,43</b>
<b>K. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
		<b>658.334,67</b>	<b>586.378,96</b>
<b>Summe Passiva</b>		<b>2.072.761.724,64</b>	<b>1.990.831.747,43</b>

# Gewinn- und Verlustrechnung

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007\*

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG			
in Euro		2007	2006
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	51.735.896,52		51.896.629,40
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	121.039,33	51.614.857,19	163.977,47
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	—,—		—,—
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	—,—	—,—	—,—
		<b>51.614.857,19</b>	<b>51.732.651,93</b>
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			
		<b>7.249.624,24</b>	<b>5.608.570,44</b>
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen		300.204,35	338.225,12
Davon: aus verbundenen Unternehmen	— €	(— €)	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
Davon: aus verbundenen Unternehmen	— €	(— €)	
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.714.088,17		4.381.678,19
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	98.929.582,18	102.643.670,35	88.332.038,02
c) Erträge aus Zuschreibungen		1.127.193,66	3.211.649,63
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		424.884,61	1.383.774,01
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		—,—	—,—
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		1.324.329,10	—,—
		<b>105.820.282,07</b>	<b>97.647.364,97</b>
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			
		—,—	—,—
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			
		—,—	<b>49,56</b>
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	58.719.411,95		56.081.623,05
bb) Anteil der Rückversicherer	5.754,94	58.713.657,01	—,—
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	160.879,58		18.882,83
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	160.879,58	—,—
		<b>58.874.536,59</b>	<b>56.100.505,88</b>
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung			
aa) Bruttobetrag	-74.029.749,—		-73.837.935,—
bb) Anteil der Rückversicherer	48.178,28	-73.981.570,72	—,—
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		—,—	—,—
		<b>-73.981.570,72</b>	<b>-73.837.935,—</b>

\* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

## Gewinn- und Verlustrechnung

in Euro			2007	2006
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrück- erstattungen für eigene Rechnung			<b>13.085.479,73</b>	<b>10.540.234,01</b>
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	214.614,89			297.397,01
b) Verwaltungsaufwendungen	705.938,14	920.553,03		701.570,57
c) Davon ab:				
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus				
dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		38.812,81		98.090,90
			<b>881.740,22</b>	<b>900.876,68</b>
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.787.877,03		1.651.793,50
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		10.458.483,32		4.421.048,88
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		60.282,75		1.426.943,37
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		—,—		—,—
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—		—,—
			<b>12.306.643,10</b>	<b>7.499.785,75</b>
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			—,—	—,—
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			<b>1.723,91</b>	<b>83,04</b>
<b>13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung</b>			<b>5.553.069,23</b>	<b>6.109.216,54</b>



In Euro		2007	2006
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>			
1. Sonstige Erträge	137.013,75		81.408,59
2. Sonstige Aufwendungen	550.777,26		1.047.645,22
3. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis		<b>-413.763,51</b>	<b>-966.236,63</b>
4. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		<b>5.139.305,72</b>	<b>5.142.979,91</b>
5. Außerordentliche Erträge	—,—		—,—
6. Außerordentliche Aufwendungen	—,—		—,—
7. Außerordentliches Ergebnis		—,—	—,—
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	—,—		—,—
9. Sonstige Steuern	139.305,72		142.979,91
		<b>139.305,72</b>	<b>142.979,91</b>
10. Erträge aus Verlustübernahme	—,—		—,—
11. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	—,—		—,—
		—,—	—,—
<b>12. Jahresüberschuss</b>		<b>5.000.000,—</b>	<b>5.000.000,—</b>
13. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		—,—	—,—
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		—,—	—,—
Davon Entnahmen aus der Rücklage gem. § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:	— €                      (— €)		
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	—,—		—,—
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	—,—		—,—
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	—,—		—,—
d) aus anderen Gewinnrücklagen	—,—		—,—
		—,—	—,—
16. Entnahmen aus Genusssrechtskapital		—,—	—,—
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	5.000.000,—		5.000.000,—
b) in die Rücklage für eigene Anteile	—,—		—,—
c) in satzungsmäßige Rücklagen	—,—		—,—
d) in andere Gewinnrücklagen	—,—		—,—
		<b>5.000.000,—</b>	<b>5.000.000,—</b>
18. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals		—,—	—,—
<b>19. Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>		—,—	—,—

## Anhang

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

**Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken** wurden mit den um Abschreibungen geminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Die Abschreibungen erfolgten linear mit dem steuerlich gebotenen Satz.

**Beteiligungen** sowie die in **Anderen Kapitalanlagen** enthaltenen Anteile wurden zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um anteilige Abschreibungen, bilanziert.

**Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sowie **Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden zum 31. Dezember 2007 mit ihrem aktuellen Marktwert bewertet, maximal jedoch mit den Anschaffungskosten.

**Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen** sowie **Sonstige Ausleihungen** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren.

Die unter den Sonstigen Ausleihungen ausgewiesenen Zero-Schuldscheindarlehen wurden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der kapitalisierten Zinsansprüche bilanziert.

**Agio- und Disagiobeträge** wurden durch aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten auf die individuelle Laufzeit der jeweiligen Anlage zeitanteilig verteilt. Hierbei handelt es sich um die Abgrenzungen auf Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen sowie aktivierte Optionsprämien der zerlegungspflichtigen Strukturierten Produkte.

**Finanzderivate und Strukturierte Produkte** wurden in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt und mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden auf Basis der Modelle von Black – Scholes, Hull – White und Brace – Gatarek – Musiela bewertet.

Der Ansatz aller **anderen Forderungen** erfolgte mit dem Nennwert.

Die Bewertung der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** erfolgte zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Die Zugänge und Abgänge des Geschäftsjahres wurden zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die **Deckungsrückstellung** wurde grundsätzlich einzelvertraglich mit einer prospektiven Methode ermittelt. Die Berechnung erfolgte nach dem von der BaFin genehmigten Geschäftsplan. Eine Zillmerung wurde nicht vorgenommen.

Der Berechnung im Abrechnungsverband R+V Mitglieder wurden bestandsindividuelle Ausscheideordnungen sowie für Verträge mit Versicherungsbeginn ab 1. Januar 2001 ein Rechnungszins von 3,5 % und für Verträge mit Versicherungsbeginn bis 31. Dezember 2000 ein Rechnungszins von 4,0 % zu Grunde gelegt. Die Ausscheideordnungen basieren seit dem Berichtsjahr 2001 auf den Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck und beinhalten Abschläge bei den Ausscheidewahrscheinlichkeiten, um die Verhältnisse dieses Versichertenbestandes zu berücksichtigen. Verwaltungskosten wurden in der Deckungsrückstellung für Verträge mit laufender Beitragszahlung für beitragspflichtige Jahre implizit berücksichtigt. Für alle laufenden Renten, Rentenanwartschaften einschließlich der beitragsfreien Rentenanwartschaften aus der Überschussbeteiligung sowie bei beitragsfrei gestellten Versicherungen wird eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet.

Der Berechnung im Abrechnungsverband GENO Mitglieder wurden bestandsindividuelle Ausscheideordnungen auf Basis der Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit Abschlägen bei den Ausscheidewahrscheinlichkeiten und ein Rechnungszins von 3,5 % zu Grunde gelegt. Des Weiteren enthält die Deckungsrückstellung einen auf Basis der Beiträge des Berichtsjahrs ermittelten pauschalen Betrag zur Finanzierung der Deckungsrückstellung der aus Beiträgen des laufenden Geschäftsjahrs zu erwerbenden Anwartschaften von Versicherten ab Alter 60. Verwaltungskosten wurden in der Deckungsrückstellung für Verträge mit laufender Beitragszahlung für beitragspflichtige Jahre mit Ausnahme der vor dem 1. Dezember 1984 geschlossenen Verträge implizit berücksichtigt. Für alle laufenden Renten, Rentenanwartschaften einschließlich der beitragsfreien Rentenanwartschaften aus der Überschussbeteiligung sowie bei beitragsfrei gestellten Versicherungen wird eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet.

Da sich für die Zukunft ein weiter anhaltender Aufwärtstrend bei der Lebenserwartung abzeichnet, wurden die Abschläge bei den Ausscheideordnungen in den Abrechnungsverbänden R+V Mitglieder und GENO Mitglieder im Berichtsjahr 2007 erneut erhöht, um die künftige Entwicklung der Verhältnisse dieser Versicherungsbestände zu berücksichtigen. Die aus dieser Umstellung der Rechnungsgrundlagen resultierende zusätzliche Zuführung zur Deckungsrückstellung wurde zum 31. Dezember 2007 in voller Höhe vorgenommen.

Für die Berechnung der Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband NT Mitglieder wurden für Verträge mit Versicherungsbeginn ab 1. Januar 2007 ein Rechnungszins von 2,25 % und für Verträge mit Versicherungsbeginn bis 31. Dezember 2006 ein Rechnungszins von 2,75 % und die Sterbetafel DAV 2004 R für Männer und Frauen mit jeweils einer einheitlichen Altersverschiebung verwendet. Die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten entstammen der Tafel R+V 2000 I. Verwaltungskosten wurden in der Deckungsrückstellung implizit und durch eine zusätzliche Verwaltungskostenrückstellung berücksichtigt.

Der Anteil der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung wurde gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde individuell ermittelt. Die Spätschadenrückstellung erfasst die Summe aller riskierten Kapitale (Barwert der Rentenleistungen minus vorhandenem Deckungskapital aus der Anwartschaft) für diejenigen Versicherungen, bei denen bis zum Bilanzstichtag der Versicherungsfall eingetreten ist, die aber erst im neuen Geschäftsjahr gemeldet oder entschieden wurden. Zur Berücksichtigung der nicht mehr rechtzeitig vor Bilanzerstellung bekannt gewordenen Invaliditätsfälle ist die Spätschadenrückstellung um eine auf aktualisierten Erfahrungswerten beruhende pauschale Zuschätzung erhöht worden.

Die **Rückstellungen für Pensionen** wurden entsprechend § 6a EStG nach dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 4,5 % berechnet.

Die Rückstellung für **Altersteilzeit** umfasst das rückständige Arbeitsentgelt sowie die noch zu zahlenden Aufstockungsbeträge zum Gehalt und zur Altersversorgung. Bei den Aufstockungsbeträgen wurde ein versicherungsmathematischer Abschlag vorgenommen. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 5,5 % verwendet.

Die **Jubiläumsrückstellung** wurde nach den Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 5,5 % berechnet.

Der Wertansatz der **übrigen nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** geht von dem voraussichtlichen Bedarf aus.

Die **Anderen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Bei den **Währungsumrechnungen** für Aktien, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen ergaben sich die Euro-Anschaffungskosten aus Wertpapier- und Devisenkurs zum Anschaffungszeitpunkt; der Euro-Börsenwert wurde aus Wertpapier- und Devisenkurs zum Bilanzstichtag ermittelt.

In Fremdwährung geführte laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden mit dem Kurs vom 31. Dezember 2007 bewertet.

Die übrigen Aktiva und Passiva sind mit dem Devisenkurs zum Bilanzstichtag in Euro umgerechnet worden. Für die Umrechnung der Erträge aus Wertpapieren war der Devisenkurs zum Zeitpunkt des Ertragszuflusses Umrechnungsgrundlage; für alle übrigen Erträge und Aufwendungen der Devisenkurs am Bilanzstichtag.

## Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

## ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN B., C. I. BIS III. IM GESCHÄFTSJAHR 2007

	Euro	Bilanzwerte Vorjahr %	Zugänge Euro
<b>B. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 269 Abs.1 Satz 1 HGB	—,—		—,—
II. Entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	—,—		—,—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	—,—		—,—
<b>Summe B.</b>	<b>—,—</b>		<b>—,—</b>
<b>C. Kapitalanlagen</b>			
C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	38.761.363,80	2,0	38.301,84
C. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	—,—	—	—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	—,—	—	—,—
3. Beteiligungen	7.178.876,43	0,4	—,—
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—,—	—	—,—
5. Summe C. II.	7.178.876,43	0,4	—,—
C. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	390.334.109,28	20,4	55.118.764,15
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	239.824.082,13	12,5	55.568.395,—
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	80.564.922,22	4,2	7.286.780,—
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	557.168.216,54	29,0	74.736.335,68
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	577.753.332,61	30,1	18.598.679,80
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	—,—	—	—,—
d) Übrige Ausleihungen	—,—	—	27.400.000,—
5. Einlagen bei Kreditinstituten	—,—	—	10.000.000,—
6. Andere Kapitalanlagen	26.176.407,78	1,4	494,93
7. Summe C. III.	1.871.821.070,56	97,6	248.709.449,56
<b>Summe C.</b>	<b>1.917.761.310,79</b>	<b>100,0</b>	<b>248.747.751,40</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>1.917.761.310,79</b>		<b>248.747.751,40</b>

Anhang

Umbuchungen Euro	Abgänge Euro	Zuschreibungen Euro	Abschreibungen Euro	Bilanzwerte Euro	Geschäftsjahr %
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	1.538.575,16	37.261.090,48	1,9
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	303.400,—	—,—	—,—	6.875.476,43	0,3
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	303.400,—	—,—	—,—	6.875.476,43	0,3
—,—	1.129.506,23	1.125.513,66	1.815.488,14	443.633.392,72	22,2
—,—	33.753.526,26	1.680,—	7.089.420,02	254.551.210,85	12,8
—,—	8.037.786,05	—,—	15.000,—	79.798.916,17	4,0
—,—	34.286.364,33	—,—	—,—	597.618.187,89	29,9
—,—	43.887.500,44	—,—	—,—	552.464.511,97	27,7
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	27.400.000,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	—,—	—,—	—,—	10.000.000,—	0,5
—,—	12.787.527,14	—,—	—,—	13.389.375,57	0,7
—,—	161.282.210,45	1.127.193,66	8.919.908,16	1.951.455.595,17	97,8
—,—	<b>161.585.610,45</b>	<b>1.127.193,66</b>	<b>10.458.483,32</b>	<b>1.995.592.162,08</b>	<b>100,0</b>
—,—	<b>161.585.610,45</b>	<b>1.127.193,66</b>	<b>10.458.483,32</b>	<b>1.995.592.162,08</b>	

C. KAPITALANLAGEN			
in Tsd. Euro	2007		
	Buchwert	Zeitwert	Reserve
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	37.261	62.439	25.178
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
3. Beteiligungen	6.875	8.998	2.123
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	443.633	525.074	81.441
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	254.551	265.307	10.756
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenforderungen	79.695	80.803	1.108
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	598.466	594.048	-4.418
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	563.855	539.860	-23.995
5. Einlagen bei Kreditinstituten	10.000	10.000	-
6. Andere Kapitalanlagen	13.390	13.759	369
	<b>2.007.726</b>	<b>2.100.288</b>	<b>92.562</b>

In den Buchwerten wurden zum Nennwert bilanzierte Anlagen, um Agio und Disagio saldiert (+12.134 Tsd. Euro), berücksichtigt.

Für die Ermittlung der Zeitwerte wurden in der Regel Börsenkurse respektive Marktpreise oder die Netto-Ertragsformel nach IDW S1 zugrunde gelegt.

Die Gebäude wurden zum 31. Dezember 2007 neu bewertet. Die Bewertung des Bodens erfolgt alle 5 Jahre, zuletzt in den Jahren 2005 und 2006.

Soweit darüber hinaus andere Wertansätze verwendet worden sind, entsprechen diese den Bestimmungen des § 56 RechVersV.

Gemäß § 341b Abs. 2 HGB wurden 344,6 Mio. Euro Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Dieses beinhaltet auf Basis der Kurse zum 31. Dezember 2007 eine positive Bewertungsreserve von 67,0 Mio. Euro.

IN DIE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG EINZUBEZIEHENDE KAPITALANLAGEN	
in Tsd. Euro	2007
Anschaffungskosten	2.007.726
Beizulegender Zeitwert	2.100.288
<b>Saldo</b>	<b>92.562</b>

**C. I. GRUNDSTÜCKE, GRUNDSTÜCKSGLEICHE RECHTE UND BAUTEN EINSCHLIESSLICH DER BAUTEN AUF FREMDEN GRUNDSTÜCKEN**

in Euro	Anzahl	2007
Mit Geschäfts- und anderen Bauten	10	30.690.198,08
Mit Wohnbauten	10	6.443.350,64
Ohne Bauten	2	127.541,76
	<b>22</b>	<b>37.261.090,48</b>
Bilanzwert der überwiegend von R+V Gesellschaften genutzten Grundstücke		—,—

**C. II. 3. BETEILIGUNGEN**

in Euro	Anteil am Kapital	Geschäftsjahr	Eigenkapital	Ergebnis
Name und Sitz der Gesellschaft				
BAU + HAUS Management GmbH, Karlsruhe	50,0 %	2006	12.630.277	671.222

Es bestehen keine Nachzahlungsverpflichtungen.

**C. III. SONSTIGE KAPITALANLAGEN – STRUKTUR DER DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTE**

in Euro	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Summe
Nominalbetrag bei einer Restlaufzeit von				
Zinsbezogen	–	–	20.225.838	20.225.838
Währungsbezogen	–	–	–	–
Aktien-, indexbezogen	–	–	–	–
	–	–	<b>20.225.838</b>	<b>20.225.838</b>

Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag Swapgeschäfte, die wirtschaftlich geschlossen sind.

Im Zusammenhang mit optionalen Multi-Tranchen-Geschäften bestehende Abnahmeverpflichtungen werden gemäß BAV-Rundschreiben R 3/2000 im Jahr der möglichen Andienung berücksichtigt.



### C. III. SONSTIGE KAPITALANLAGEN – ANGABE ZU FINANZINSTRUMENTEN

in Euro			2007
Art	Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert
Swaps <sup>1)</sup>	20.225.838	–	1.054.727
Optionen <sup>2)</sup>	5.000.000	124.472	61.407
Zu Anschaffungskosten bilanzierte Finanzinstrumente <sup>3) 4)</sup>	43.842.731	43.842.731	36.409.516

<sup>1)</sup> Bewertungsmethode = Zero-Coupon-Pricing.

<sup>2)</sup> Bewertungsmethode = Black-Scholes. Der Ausweis der Optionen erfolgt bei den Passiva unter Posten I. V.

<sup>3)</sup> Bewertungsmethode = Brace-Gatarek-Musiela. Der Ausweis der zu Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumente, die über ihrem Zeitwert ausgewiesen wurden, erfolgt bei den Aktiva unter Posten C. III. 4 a) und b).

<sup>4)</sup> Keine dauerhafte Wertminderung, da durch Marktpreisänderung bedingt.

### H. II. SONSTIGE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

in Euro		2007
Agio aus Kapitalanlagen		12.792.564,68
Abgegrenzte Optionsprämie aus Multitranchen		22.392,99
		<b>12.814.957,67</b>

## Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

### A. III. 1. VERLUSTRÜCKLAGE GEMÄSS § 37 VAG

in Euro	2007
Vortrag zum 1. Januar	57.500.000,—
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2007	5.000.000,—
<b>Stand am 31. Dezember</b>	<b>62.500.000,—</b>

### D. SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL

in Euro	2007
Rücklage nach § 6b EStG	
Vortrag zum 1. Januar	1.324.329,10
Entnahme	1.324.329,10
<b>Stand am 31. Dezember</b>	<b>—,—</b>

#### E. IV. RÜCKSTELLUNG FÜR ERFOLGSABHÄNGIGE UND ERFOLGSUNABHÄNGIGE BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG

in Euro	2007
Stand am 1. Januar	153.422.375,62
Entnahmen:	
Beiträge zur Erhöhung der Versicherungsleistung	7.249.624,24
Sonderzahlung an Rentenempfänger	1.735.185,93
Gutschriften an Versicherungsnehmer	157.463,49
Zuweisungen:	
aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	13.085.479,73
aus gutgeschriebenen Überschussanteilen	226,04
<b>Stand am 31. Dezember</b>	<b>157.365.807,73</b>
Davon entfallen auf:	
die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen	105.575.360,—
die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Witwerrenten	7.218.943,—
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschüsse	1.844.827,—
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlusszahlungen (einschließlich erwarteter Beteiligung an Bewertungsreserven)	8.811.200,—
den Fonds für Schlusszahlungen (einschließlich erwarteter Beteiligung an Bewertungsreserven)	475.001,—

Die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen ist nach dem Geschäftsplan einzelvertraglich nach einer prospektiven Methode mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Witwerrenten ist nach dem Geschäftsplan nach einem pauschalen Verfahren mit einem Zinssatz von 6 % berechnet.

Der Fonds für Schlusszahlungen wurde auf Basis des zum nächsten Bilanzstichtag vorgesehenen nicht garantierten Schlussüberschussanteils für alle Versicherungen unter Beachtung der für 2008 deklarierten Überschussanteilsätze berechnet. Der Fonds dieser Schlusszahlungen entspricht dem erreichten Ansammlungsguthaben zum nächsten Bilanzstichtag. Die für die einzelnen Überschussverbände festgelegten Überschussanteilsätze stehen auf den Seiten 46 bis 49.

#### G. IV. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

in Euro	2007
Altersteilzeit	230.018,—
Kapitalanlagenbereich	110.900,—
Jahresabschluss	101.720,—
Jubiläen	67.235,—
Urlaub/Gleitzeit	21.500,—
Berufsgenossenschaft	2.500,—
Personalkosten	2.640,—
	<b>536.513,—</b>

**I. ANDERE VERBINDLICHKEITEN**

in Euro	2007
<b>Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren</b>	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	379.522,29
Sonstige Verbindlichkeiten	—,—
	<b>379.522,29</b>
<b>Durch Pfandrechte gesichert</b>	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	486.286,08
Sonstige Verbindlichkeiten	—,—
	<b>486.286,08</b>

**I. I. 1. VERBINDLICHKEITEN AUS DEM SELBST ABGESCHLOSSENEN VERSICHERUNGSGESCHÄFT GEGENÜBER VERSICHERUNGSNEHMERN**

in Euro	2007
Im Voraus empfangene Beiträge	308.881,81
Gutgeschriebene Überschussanteile	221.873,93
	<b>530.755,74</b>

**K. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN**

in Euro	2007
Disagio aus Kapitalanlagen	658.334,67
Einnahmen, die nachfolgende Geschäftsjahre betreffen	—,—
	<b>658.334,67</b>

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

<b>I. 1. A) GEBUCHTE BRUTTOBEITRÄGE</b>		
<b>in Euro</b>	<b>2007</b>	<b>2006</b>
<b>Beiträge nach Vertragsart</b>		
Einzelversicherungen	603.372,67	635.538,71
Gruppenversicherungen	51.132.523,85	51.261.090,69
	<b>51.735.896,52</b>	<b>51.896.629,40</b>
<b>Beiträge nach Zahlungsweise</b>		
Laufende Beiträge	51.337.538,24	51.610.463,23
Einmalbeiträge	398.358,28	286.166,17
	<b>51.735.896,52</b>	<b>51.896.629,40</b>
<b>Beiträge nach Haupt- und Zusatzversicherungen</b>		
Pensionsversicherungen	51.132.523,85	51.261.090,69
Zusatzversicherungen	603.372,67	635.538,71
	<b>51.735.896,52</b>	<b>51.896.629,40</b>
<b>Beiträge nach Gewinnbeteiligung</b>		
Verträge mit Gewinnbeteiligung	51.735.896,52	51.896.629,40
Verträge ohne Gewinnbeteiligung	—,—	—,—
	<b>51.735.896,52</b>	<b>51.896.629,40</b>

<b>I. 6. AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE FÜR EIGENE RECHNUNG</b>		
<b>in Euro</b>	<b>2007</b>	<b>2006</b>
Rentenabfindungen	109.667,61	56.614,74
Rentenzahlungen	58.606.939,97	55.904.452,27
Rückkäufe	163.683,95	139.438,87
Brutto-Aufwendungen	58.880.291,53	56.100.505,88
Anteil der Rückversicherer	5.754,94	—,—
<b>Netto-Aufwendungen</b>	<b>58.874.536,59</b>	<b>56.100.505,88</b>

## I. 10. AUFWENDUNGEN FÜR KAPITALANLAGEN

in Euro	2007	2006
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		
Planmäßige Abschreibungen	1.090.022,70	1.186.675,58
Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	1.937.390,60	573.215,96
Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB	7.431.070,02	2.661.157,34
Abschreibungen nach § 6 b EStG	—,—	—,—
	<b>10.458.483,32</b>	<b>4.421.048,88</b>

## RÜCKVERSICHERUNGSSALDO

in Euro	2007	2006
Verdiente Beiträge	121.039,33	163.977,47
Aufwendungen für Versicherungsfälle	5.754,94	—,—
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	38.812,81	98.090,90
Veränderung der Deckungsrückstellung	48.178,28	—,—
<b>Saldo zu Gunsten des Rückversicherers</b>	<b>28.293,30</b>	<b>65.886,57</b>

## Sonstige Angaben

### Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Die Überschussanteile werden zur Erhöhung und Erweiterung der bedingungsgemäßen Rentenleistung verwendet.

Für das Geschäftsjahr 2008 werden entsprechend dem Geschäftsplan folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

#### A. Abrechnungsverband R+V Mitglieder

Die Gesellschaft gewährt auf alle **beitragspflichtigen Versicherungen**, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 11 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, einen Überschussanteil in Höhe von 18 % der in 2008 zu erwerbenden Rentenanwartschaft. Beitragspflichtige Versicherungen, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 13 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, erhalten keinen Überschussanteil.

Dieser Überschussanteil wird ab Rentenbeginn zusammen mit der bedingungsgemäßen Rentenleistung überwiesen.

**Beitragsfreie Versicherungen** erhalten zum 1. Januar 2009 keine Erhöhung der insgesamt erworbenen Rentenanwartschaft.

**Alle Versicherungen in der Rentenbezugszeit**, für die im Geschäftsjahr 2008 erstmals eine Rente gezahlt wird, erhalten im Geschäftsjahr 2008 und im Geschäftsjahr 2009 jeweils im November eine Sonderzahlung in Höhe von 20 % der zum 31. Dezember 2004 erworbenen Jahresgrundrente (bedingungsgemäß erworbene Rente zuzüglich der o.g. Überschussanteile), sofern jeweils für das gesamte Geschäftsjahr Anspruch auf Rentenzahlung besteht.

Alle Versicherungen in der Rentenbezugszeit, für die ab dem Geschäftsjahr 2003 erstmals eine Rente gezahlt wurde, erhalten im Geschäftsjahr 2008 und im Geschäftsjahr 2009 jeweils im November eine Sonderzahlung in Höhe von 20 % der Jahresgrundrente, sofern jeweils für das gesamte Geschäftsjahr Anspruch auf Rentenzahlung besteht.

Alle Versicherungen in der Rentenbezugszeit, für die im Geschäftsjahr 2002 oder früher erstmals eine Rente gezahlt wurde, erhalten in jedem künftigen Geschäftsjahr jeweils im November eine Sonderzahlung in Höhe des für diese Versicherung bereits deklarierten Prozentsatzes, sofern für das gesamte Geschäftsjahr Anspruch auf Rentenzahlung besteht.

Zum 31. Dezember 2007 wird **für alle Versicherungen in der Rentenbezugszeit**, für die ab dem Geschäftsjahr 2003 erstmals eine Rente gezahlt wird, eine Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen gebildet. Die Rückstellung berücksichtigt 100 % der Sonderzahlung in Höhe von 20 % bezogen auf die bei Rentenbeginn erworbene Jahresgrundrente.

Zum 31. Dezember 2007 wird **für alle Versicherungen in der Anwartschaftszeit** eine Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen bei Rentenbeginn gebildet. Die Rückstellung berücksichtigt 100 % der Sonderzahlung in Höhe von 20 % bezogen auf die bis 31. Dezember 2004 erworbene Jahresgrundrente.

Zum 1. Januar 2008 wurden die Renten für diejenigen **Rentempfänger** um einen Prozentsatz der laufenden Rente erhöht, die zu diesem Termin ihre Rente mindestens ein Jahr unverändert bezogen haben (letzter Rentenbeginn 1. Januar 2007). Für Versicherungen, die während des gesamten Rentenbezuges eine Sonderzahlung in Höhe von 40 % der Jahresgrundrente erhalten, beträgt der Prozentsatz 0 %. Für Versicherungen, die während des gesamten Rentenbezuges eine Sonderzahlung in Höhe von 30 % der Jahresgrundrente erhalten, beträgt der Prozentsatz 0,5 % und für Versicherungen, für die in 2007 keine Sonderzahlung oder eine Sonderzahlung in Höhe von 20 % der Jahresgrundrente deklariert ist, beträgt der Prozentsatz 1 %.

Bei allen im Geschäftsjahr 2008 eintretenden Todesfällen **versicherter Frauen**, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 13 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, wird den Witvern unter den analogen Voraussetzungen, nach denen nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) eine

Witwenrente gezahlt wird, eine Rente von 60 % der erworbenen Rentenanswartschaft bzw. der laufenden Rente gewährt. Witwenrenten aus der Überschussbeteiligung werden um eine eventuelle bedingungsgemäß zu zahlende Witwenrente gekürzt.

Bei **männlichen Versicherten**, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 13 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, wird der bedingungsgemäße versicherungsmathematische Abschlag im Falle der vorgezogenen Altersrente von 0,35 % für jeden Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme bei allen im Geschäftsjahr 2008 beginnenden Renten durch eine Abschlagsminderung um 0,35 %-Punkte ausgeglichen.

Bei **Risiko-Zusatzversicherungen** und bei **Invaliditäts-Zusatzversicherungen** werden bei Erleben des vollendeten 55. Lebensjahres, bei Eintritt der Berufsunfähigkeit oder bei Tod des Versicherten im Jahr 2008 Überschussanteile in Höhe von 25 % der insgesamt eingezahlten Beiträge gewährt, sofern eine Wartezeit von fünf Jahren abgelaufen ist. Die Überschussanteile werden nach unserem Geschäftsplan zur Erhöhung der bedingungsgemäßen Rentenleistung aus der Hauptversicherung verwendet.

#### B. Abrechnungsverband GENO Mitglieder

Zum 1. Januar 2008 erfolgt keine Erhöhung der **Anwartschaften** oder **laufenden Renten** aus der Überschussbeteiligung.

#### C. Abrechnungsverband NT

Für 2008 sind folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

##### 1. Laufende Überschussbeteiligung

LAUFENDE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG				
Überschussverband	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals <sup>1)</sup>	in % der überschussberechtigten Beiträge <sup>1)</sup>	Aufschubzeit in % der überschussberechtigten Beiträge <sup>2)</sup>	Rentenbezug in % des überschussberechtigten Deckungskapitals <sup>3)</sup>
NT04, NT04B, NT04H, NT04V	1,25	2,50	2,50	2,25
NT07, NT07B, NT07H, NT07V	1,50	2,50	2,50	2,75

<sup>1)</sup> Zuteilung zum 1. 1. 2009, erstmals zu Beginn des zweiten Kalenderjahres nach Versicherungsbeginn.

<sup>2)</sup> Zusätzliche Zuteilung zum Rentenbeginn.

<sup>3)</sup> Zuteilung zum 1. 1. 2009, erstmals zu Beginn des auf den Rentenbeginn folgenden Kalenderjahres.



## 2. Schlussüberschussbeteiligung

Die Versicherungen mit Rentenbeginn in 2008 erhalten nach einer Wartezeit von drei vollen Kalenderjahren eine Schlussüberschussbeteiligung.

Bei Übertragung, im vorzeitigen Versicherungsfall oder bei Anspruch auf Zahlung von Berufsunfähigkeitsrente in 2008

wird die Schlussüberschussbeteiligung nach einer Wartezeit von drei vollen Kalenderjahren gewährt.

Die Höhe der Schlussüberschussbeteiligung ergibt sich in Prozent des erreichten Ansammlungsguthabens.

SCHLUSSÜBERSCHUSSBETEILIGUNG	
Überschussverband	Schlussüberschussbeteiligung
	in % des erreichten Ansammlungsguthabens nach einer Wartezeit von drei vollen Kalenderjahren
	2008
NT04, NT04B, NT04H, NT04V	50
NT07, NT07B, NT07H, NT07V	50

### 3. Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven

Die Versicherungen mit Rentenbeginn der Altersrente in 2008 oder Rentenbeginn der Hinterbliebenenrente in 2008, bevor der Anspruch auf Altersrente oder nachdem der Anspruch auf Berufsunfähigkeitsrente entstanden ist, erhalten eine Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven. Die Höhe der

Mindestbeteiligung ergibt sich in Prozent des erreichten Ansammlungsguthabens. Ist die zugeteilte Beteiligung an den Bewertungsreserven geringer als die Mindestbeteiligung, wird die Differenz zusätzlich berücksichtigt.

MINDESTBETEILIGUNG	
Überschussverband	Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven in % des erreichten Ansammlungsguthabens nach einer Wartezeit von drei vollen Kalenderjahren
	2008
NT04, NT04B, NT04H, NT04V	50
NT07, NT07B, NT07H, NT07V	50

### 4. Verzinsliche Ansammlung

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem garantierten Zins einen Ansammlungsüberschussanteil. Die Höhe dieses Ansamm-

lungsüberschussanteils wird so festgelegt, dass die Verzinsung des Ansammlungsguthabens unter Einbeziehung des garantierten Rechnungszinses 4,3 % beträgt.

PROVISIONEN UND SONSTIGE BEZÜGE DER VERSICHERUNGSVERTRETER, PERSONAL-AUFWENDUNGEN		
in Euro	2007	2006
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	—,—	12.358,48
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	—,—	—,—
3. Löhne und Gehälter	642.328,04	736.130,23
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	134.179,84	132.170,87
5. Aufwendungen für Altersversorgung	52.200,04	69.950,88
<b>6. Aufwendungen insgesamt</b>	<b>828.707,92</b>	<b>950.610,46</b>
Darüber hinaus haben die Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB Provisionen für das Vermittlungsgeschäft erhalten	212.213,03	72.429,10

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahres betragen 59.358 Euro (im Vorjahr: 53.405 Euro).

An frühere Mitglieder des Vorstands wurden 7.680 Euro (2006: 3.711 Euro) gezahlt.

Für laufende Pensionen von früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen besteht eine Rückstellung in Höhe von 3.749 Euro (2006: 6.987 Euro).

Im Geschäftsjahr wurden für den Aufsichtsrat 40.610 Euro (2006: 40.357 Euro) und für die Mitgliedervertreter 16.202 Euro (2006: 22.624 Euro) aufgewendet.

Angabepflichtige Beträge nach § 285 Nr. 9 c HGB bestanden im Geschäftsjahr nicht.

Wiesbaden, 17. März 2008

Der Vorstand

Sauerwein

Neumann

Florian

Marschler

#### Anzahl der Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 15 (2006: 14) Arbeitnehmer beschäftigt.

#### Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen

Die Haftsummen aufgrund von Geschäftsanteilen bei Genossenschaften betragen 200 Euro. Es bestehen Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften in Höhe von 7.303.056 Euro.

Aus bewilligten, aber noch nicht ausgezahlten Hypothekendarlehen ergeben sich Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 2.942.031 Euro.

Aus einem Multitranchen-Schuldscheindarlehen besteht ein Andienungsrecht zu 5,82 % mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr in Höhe von 5.000.000 Euro. Darüber hinaus bestehen Multitranchen - öffentliche Namenspfandbriefe Nullkuponanleihen mit Restlaufzeiten > 1 Jahr in Höhe von insgesamt 60.000.000 Euro.

## Aufsichtsrat

**Dr. Friedrich Caspers**

– Vorsitzender –  
Vorsitzender des Vorstands der R+V Versicherung AG,  
Wiesbaden

**Walter Weinkauff**

– Stellv. Vorsitzender –  
Vorsitzender des Vorstands des Genossenschaftsverbandes  
Frankfurt e.V. Hessen • Rheinland-Pfalz • Saarland •  
Thüringen, Neu-Isenburg

**Lothar Bosch**

Geschäftsführer der Viehzentrale Südwest GmbH, Stuttgart

**Roland Feucht**

Mitglied des Vorstands i. R. der  
Genossenschaftsbank Meckenbeuren eG, Meckenbeuren  
(bis 14. Juni 2007)

**Erhard Gschrey**

Mitglied des Vorstands des  
Genossenschaftsverbandes Bayern e.V., München

**Berthold Guss**

Bereichsleiter Personalmanagement der DZ BANK AG  
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

**Hans-Josef Hilgers**

Sprecher des Vorstands der  
Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG, Köln

**Frank Hurtmanns**

Mitglied des Vorstands der BayWa AG, München

**Ralph Kehl**

Mitglied des Vorstands der VR Bank HessenLand eG, Alsfeld

**Wolfgang Müller**

Vorsitzender des Vorstands der  
Volksbank Chemnitz eG, Chemnitz

**Jürgen Strohmaier**

Stellv. Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Tettngang eG,  
Tettngang  
(seit 14. Juni 2007)

**Eckhardt Werner**

Mitglied des Vorstands der FIDUCIA IT AG, Karlsruhe

**Ulrich Werner**

Abteilungsleiter des Württembergischen Genossenschaftsverbandes Raiffeisen/Schulze-Delitzsch e.V., Stuttgart

## Vorstand

**Rainer Sauerwein**

– Vorsitzender –

**Rainer Neumann**

– Stellv. Vorsitzender –

**Frank-Henning Florian**

(seit 1. Januar 2008)

**Hans-Christian Marschler**

(seit 27. November 2007)

**Hans-Dieter Schnorrenberg**

– Stellv. Vorsitzender –

(bis 30. September 2007)

Verantwortlicher Aktuar

**Gerhard Sprenger**

Vorstand /  
Bestätigungsvermerk des  
Abschlussprüfers

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der R+V Pensionsversicherung a. G., Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 26. März 2008

**KPMG**

**Deutsche Treuhand-Gesellschaft**

**Aktiengesellschaft**

**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

Henzler  
Wirtschaftsprüfer

Fleischerowitz  
Wirtschaftsprüfer

## Bericht des Aufsichtsrats

### Aufsichtsrat und Ausschüsse

Der Aufsichtsrat hat zur Vorbereitung seiner Beschlüsse einen Prüfungsausschuss gebildet.

Mit Ablauf der ordentlichen Mitgliederversammlung am 14. Juni 2007 ist Herr Roland Feucht aus dem Aufsichtsrat der R+V Pensionsversicherung a. G. ausgeschieden. An seiner Stelle wurde Herr Jürgen Strohmaier dem Aufsichtsrat gewählt.

### Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Aufsichtsrat sowie der Prüfungsausschuss haben die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften überwacht und beratend begleitet. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft regelmäßig und umfassend informiert. Dies erfolgte im Geschäftsjahr 2007 in zwei Sitzungen, zu denen der Aufsichtsrat zusammentrat, sowie durch vierteljährliche schriftliche Berichte. In den Sitzungen hat der Aufsichtsrat mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands entgegengenommen und erörtert. Alle Maßnahmen, welche die Zustimmung des Aufsichtsrats erfordern, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Im Vordergrund der Berichterstattung standen die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft, die Unternehmensplanung und -perspektive sowie die Finanzkennzahlen. In besonderer Weise erörterte der Aufsichtsrat die Kapitalanlagepolitik des Vorstands sowie die im Hinblick auf die längere Lebenserwartung der Versicherten erforderlichen Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit. Der Vorstand gab fortlaufend einen Überblick über den Stand und die Auswirkungen der VVG-Reform insbesondere auf die Lebens- und Pensionsversicherungen. Eingehend wurden die Regelungen der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven und die für regulierte Pensionskassen geltenden Sonderbestimmungen erörtert.

### Feststellung des Jahresabschlusses

Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007 eingehend geprüft. Hierzu lag der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, vor.

An der Sitzung des Prüfungsausschusses am 23. April 2008 nahmen die Vertreter des Abschlussprüfers teil, um über die wesentlichen Prüfungsergebnisse zu berichten. Unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses wurden der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht erörtert. Prüfungsschwerpunkte waren wesentliche Kennzahlen der Bilanz, Rückstellungen, Risikofrüherkennungssystem nach § 91 Abs. 2 AktG und der Jahresbericht der internen Revision des abgelaufenen Jahres.

Auch an der Sitzung zur Feststellung des Jahresabschlusses am 9. Mai 2008 nahmen die Vertreter des Abschlussprüfers teil. Sie berichteten dem Aufsichtsratsplenium zusammenfassend über die Prüfungsergebnisse und standen für alle zusätzlichen Erläuterungen und Stellungnahmen zur Verfügung.

Der Verantwortliche Aktuar nahm an der Sitzung des Aufsichtsrats teil, in der der Jahresabschluss festgestellt wurde. Er berichtete über die wesentlichen Ergebnisse der versicherungsmathematischen Bestätigung, die er uneingeschränkt erteilt hat. Der Aufsichtsrat hat keine Einwendungen gegen den Bericht des Verantwortlichen Actuars erhoben.

Der Aufsichtsrat hat gegen den von dem Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 keine Einwendungen erhoben und sich dem Prüfungsergebnis angeschlossen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Wiesbaden, 9. Mai 2008

**Der Aufsichtsrat**

Dr. Caspers  
Vorsitzender



## Mitgliedervertretung

**Jens Bickerle**

Leiter der Personalabteilung des Genossenschaftsverbandes Frankfurt e.V. Hessen • Rheinland-Pfalz • Saarland • Thüringen, Neu-Isenburg

**Ulrich Birkenstock**

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der R+V Allgemeine Versicherung AG, Koblenz

**Wolfgang Eck**

Bezirksanwalt des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V., Bezirksverband Unterfranken, Würzburg

**Bernd Firlé**

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG, Köln

**Alexander Fuchs**

stellv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der FIDUCIA IT AG, Karlsruhe

**Manfred Hagedorn**

Leiter der Personalabteilung der R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden

**Lothar Heise**

Vorsitzender des Betriebsrates i. R., Hohenhameln

**Ulrich Jakobi**

Mitglied des Vorstands der Volksbank Wetzlar-Weilburg eG, Wetzlar

**Josef Jehle**

Oberprüfer des Württembergischen Genossenschaftsverbandes Raiffeisen/Schulze-Delitzsch e.V., Stuttgart

**Dr. Bernd Kiene**

Sprecher des Vorstands der SÜDWESTBANK AG, Stuttgart

**Sigmar Kleinert**

Vorsitzender des Betriebsrates Frankfurt der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

**Dr. Andreas Martin**

Geschäftsführer der Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied

**Karl-Heinz Maxein**

Vorsitzender des Betriebsrates der Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied

**Roland Mayer**

Abteilungsleiter Personal des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V., München

**Heinrich Neutze**

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates des Genossenschaftsverbandes Frankfurt e.V. Hessen • Rheinland-Pfalz • Saarland • Thüringen, Calden

**Arnd Overbeck**

Personalleiter der BayWa AG, München

**Wolfgang Pachali**

Bereichsleiter Personal der R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden

**Siegfried Sachsenröder**

Sachgebietsleiter i. R., Stuttgart

**Olaf Siebeck**

Abteilungsleiter HR-Grundsatz der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

**Erwin Staiger**

Mitglied des Vorstandes der Volksbank Hohenzollern eG, Hechingen

**Hans Peter Straberger**

Mitglied des Vorstands der FIDUCIA IT AG, Karlsruhe

**Markus Stüttgen**

Mitglied des Vorstands der Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG, Köln

**Hans Tauschek**

Bankkaufmann der SÜDWESTBANK AG, Stuttgart

**Jochen Ullmann**

Vorsitzender des Betriebsrates der Volksbank Lüneburger Heide eG, Soltau

## Glossar

### **Aktuar / Aktuarin, DAV**

Aktuare sind mathematisch ausgebildete Sachverständige. Sie sind national und international in Berufsvereinigungen organisiert, zum Beispiel in der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV). In Deutschland müssen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) Personenversicherungen einen Verantwortlichen Aktuar bestellen.

### **Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung**

Summe der Zahlungen für angefallene Leistungsfälle einschließlich der Kosten für die Schadenregulierung und die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

### **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (netto)**

Personal- und Sachaufwendungen für Abschluss und laufende Verwaltung von Versicherungsverträgen, gekürzt um die Provisionen und Gewinnbeteiligungen, die von Rückversicherern erstattet wurden.

### **Beiträge**

Der Beitrag, oft auch → Prämie genannt, ist der Preis für den Versicherungsschutz, den der Versicherer gewährt. Er kann laufend oder als Einmalbeitrag entrichtet werden. Unter „gebuchten Beiträgen“ versteht man die gesamten Beitragseinnahmen, die im Geschäftsjahr fällig geworden sind.

### **Bewertungsreserven**

Differenz zwischen dem Buchwert und dem → Zeitwert einer Kapitalanlage.

### **Black-Scholes-Modell**

Das Black-Scholes-Modell ist ein finanzmathematisches Modell zur Bewertung von Finanzoptionen, das von Fischer Black und Myron Scholes 1973 veröffentlicht wurde.

### **Brutto / Netto**

Bei Brutto- bzw. Nettoausweis werden die versicherungstechnischen Positionen vor bzw. nach Abzug des Anteils ausgewiesen, der auf das in Rückdeckung gegebene Geschäft entfällt. Statt „netto“ verwendet man auch die Bezeichnung „für eigene Rechnung“.

### **Deckungsrückstellung**

Nach versicherungsmathematischen Methoden ermittelte versicherungstechnische Rückstellung, die künftige Ansprüche der Versicherungsnehmer abdeckt. Sie entspricht dem Saldo aus dem Barwert der künftigen Verpflichtungen abzüglich des Barwerts der künftigen Beiträge.

### **Derivatives Finanzinstrument**

Finanzinstrument, dessen Wert steigt oder fällt, wenn sich eine Basisgröße (bestimmter Zinssatz, Wertpapierpreis, Währungskurs, Preisindex etc.) ändert. Zu den Derivaten zählen insbesondere Futures, Forwards, Swaps und Optionen.

### **Direktgutschrift**

Der Teil der Überschussbeteiligung, der dem Kunden direkt zu Lasten des Geschäftsjahresergebnisses gutgeschrieben wird und nicht aus der → Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen wird.

### **Duration**

Die Duration bezeichnet die durchschnittliche Laufzeit einer zinnsensitiven Kapitalanlage oder eines Portfolios und ist ein Risikomaß für deren Sensitivität in Bezug auf Zinssatzänderungen.

### **Für eigene Rechnung (f.e.R.)**

Der jeweilige versicherungstechnische Posten nach Abzug des in Rückversicherung gegebenen Geschäftes → Brutto / Netto.

### Genossenschaftlicher FinanzVerbund

Netzwerk genossenschaftlicher Zentral- und Spezialinstitute im Rahmen eines umfassenden Allfinanz-Konzeptes. Partner der R+V Versicherung sind u.a.: DZ BANK AG, WGZ BANK AG, Bausparkasse Schwäbisch Hall, Union Investment, VR Leasing.

### Hull-White-Modell

Das Hull-White-Modell ist ein finanzmathematisches Modell zur Bewertung von Zinsderivaten, das von John C. Hull und Alan White veröffentlicht wurde.

### Laufende Durchschnittsverzinsung (nach Verbandsformel)

Laufende Bruttoerträge abzüglich Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen abzüglich planmäßige Abschreibungen im Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen zum 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

### Nettoverzinsung der Kapitalanlagen

Alle Erträge abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen im Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen zum 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

### Prämie

→ Beitrag

### Rating

Standardisierte Bonitätsbeurteilung von Schuldtiteln sowie von Unternehmen durch unabhängige, spezialisierte Bewertungsagenturen.

### Rohüberschuss

Überschuss eines Versicherungsunternehmens vor Aufwendungen für die Zuführung zur → Rückstellung für Beitragsrückerstattung sowie vor Gewährung der → Direktgutschrift.

### Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung dient der Beteiligung der Versicherungsnehmer am Überschuss des Versicherungsunternehmens und ist eine Rückstellung für künftige Leistungen im Rahmen der Überschussbeteiligung.

### Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Rückstellung für die Verpflichtungen aus Versicherungsfällen, die am Bilanzstichtag bereits eingetreten waren, aber noch nicht gemeldet wurden bzw. noch nicht vollständig abgewickelt werden konnten.

### Rückversicherer

Versicherungsunternehmen, das Risiken anderer Versicherungsgesellschaften übernimmt und selbst keine direkten Vertragsbeziehungen zum Versicherungsnehmer unterhält.

### Sicherungsvermögen

Der Teil der Aktiva eines Versicherungsunternehmens, der dazu dient, die Ansprüche der Versicherungsnehmer zu sichern. Aufgrund der Sicherstellung der Ansprüche der Versicherten im Falle einer Insolvenz ist das Sicherungsvermögen ein vom übrigen Vermögen des Versicherungsunternehmens intern getrenntes Sondervermögen, das dem Zugriff anderer Gläubiger entzogen ist.

### Solvabilität

Eigenmittelausstattung eines Versicherungsunternehmens.

### Stress-Test

Bei Stress-Tests handelt es sich um eine spezielle Form der Szenarioanalyse. Ziel ist es, eine quantitative Aussage über das Verlustpotenzial bei extremen Marktschwankungen treffen zu können.

### Strukturierte Produkte

Bei einem strukturierten Produkt wird ein → derivatives Finanzinstrument (z.B. eine Option) mit einem nichtderivativen Instrument (z.B. einer Anleihe) kombiniert.

**Versicherungstechnische Rückstellungen**

Ungewisse Verbindlichkeiten, die unmittelbar mit dem Versicherungsgeschäft zusammenhängen. Ihre Bildung soll sicherstellen, dass die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen dauerhaft erfüllt werden können.

**Versicherungstechnisches Ergebnis**

Saldo aus Erträgen und Aufwendungen, die dem Versicherungsgeschäft zugeordnet werden.

**Verwaltungskostenquote**

Die Verwaltungsaufwendungen in Prozent der gebuchten Bruttobeiträge ergeben die Verwaltungskostenquote.

**Zeitwert**

Der Zeitwert einer Kapitalanlage entspricht in der Regel ihrem Marktwert. Ist der Wert nicht direkt zu ermitteln, wird der Wert herangezogen, zu dem der Vermögensgegenstand zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt würde.

## Übersicht über die Geschäftsergebnisse 1950 bis 2007

in Euro

Geschäftsjahr	Anzahl der Versicherungsverträge inkl. Zusatzversicherungen	Gebuchte Bruttobeiträge	Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle
1950	3.478	428.735	123.336	27.668
1960	4.831	1.256.386	1.497.403	586.721
1970	7.698	4.013.451	3.679.357	1.854.957
1980	12.436	11.905.588	12.896.009	4.602.016
1981	13.133	12.219.876	15.682.236	4.967.508
1982	13.745	13.522.622	17.590.752	5.587.678
1983	14.376	14.286.059	20.381.653	6.165.913
1984	14.915	15.303.530	22.453.558	6.853.879
1985	15.423	16.081.518	24.922.157	7.649.427
1986	15.983	16.726.453	27.304.685	8.344.258
1987*	16.505	17.690.590	28.427.548	8.984.256
1988	18.364	19.132.079	30.977.705	9.937.432
1989	19.236	20.769.558	33.085.353	10.974.510
1990	20.674	22.062.448	36.222.530	11.975.419
1991	22.105	23.738.319	39.932.300	13.165.000
1992	23.519	25.957.445	43.675.119	14.257.954
1993	25.066	28.593.293	46.176.769	15.241.117
1994	26.923	32.040.152	49.881.107	16.701.999
1995*	28.310	34.380.255	53.532.412	19.082.194
1996	29.773	36.534.326	58.917.979	20.764.027
1997	31.376	37.071.510	62.240.695	21.679.391
1998	32.840	37.560.843	67.051.036	24.455.730
1999	34.332	38.197.440	69.355.830	26.691.812
2000	35.679	38.627.039	77.921.048	29.521.930
2001	37.785	39.543.035	74.621.117	32.429.408
2002	45.634	42.404.564	73.583.254	34.641.710
2003**	68.456	61.168.311	88.202.028	50.757.044
2004	96.171	85.764.710	90.723.355	52.725.260
2005	130.433	131.794.488	88.946.422	55.379.298
2006***	54.819	51.896.629	93.051.941	56.100.506
2007	55.350	51.735.897	102.943.875	58.880.292

\* Änderung der Rechnungslegungsvorschriften

\*\* Verschmelzung der GENO Pensionskasse auf die R+V Pensionsversicherung a. G.

\*\*\* Übertragung des Versicherungsbestandes Nichtmitgliedergeschäft auf die R+V Pensionskasse AG

Übersicht über die  
Geschäftsergebnisse

Kapitalanlagen	Deckungsrückstellung – brutto –	Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Gesamtüberschuss	Geschäftsjahr
3.286.292	2.625.885	416.559	169.884	1950
24.453.095	24.637.902	177.764	640.767	1960
59.989.035	58.089.390	2.034.125	1.367.638	1970
183.144.742	160.996.872	13.948.882	4.287.530	1980
202.568.013	177.969.587	17.559.114	8.968.403	1981
224.702.926	194.462.482	23.760.995	10.619.093	1982
251.487.547	215.764.873	28.018.646	8.907.341	1983
279.706.275	240.484.959	31.164.659	9.368.818	1984
309.539.423	261.845.562	39.653.018	14.208.638	1985
341.692.504	283.819.567	49.490.142	15.875.404	1986
376.176.553	305.328.452	61.291.462	19.271.490	1987 *
412.182.074	331.450.707	71.197.383	17.244.366	1988
450.563.320	361.015.217	80.819.346	17.384.654	1989
488.728.414	392.173.903	89.826.595	18.219.368	1990
531.348.307	465.379.730	62.127.732	21.482.995	1991
578.402.740	505.201.854	72.391.013	21.863.223	1992
632.985.349	551.200.219	80.898.126	22.693.602	1993
689.642.847	602.788.184	88.590.251	22.608.984	1994
756.586.924	657.014.454	100.759.680	27.666.228	1995 *
823.608.737	715.754.317	112.283.617	29.266.531	1996
898.935.228	778.761.742	123.474.672	30.383.062	1997
974.333.186	844.324.242	134.868.409	33.580.025	1998
1.049.590.990	919.693.950	136.553.937	26.191.838	1999
1.123.944.406	997.053.367	140.384.590	29.771.772	2000
1.200.539.936	1.078.444.892	131.043.803	19.696.215	2001
1.275.851.767	1.157.391.129	120.870.920	13.463.984	2002
1.677.341.396	1.544.507.219	128.832.013	9.644.826	2003
1.781.842.192	1.646.039.570	131.037.946	12.336.225	2004
1.912.258.178	1.808.503.396	153.691.275	31.753.145	2005
1.917.761.311	1.774.032.813	153.422.376	15.540.234	2006
1.995.592.162	1.848.062.562	157.365.808	18.085.480	2007